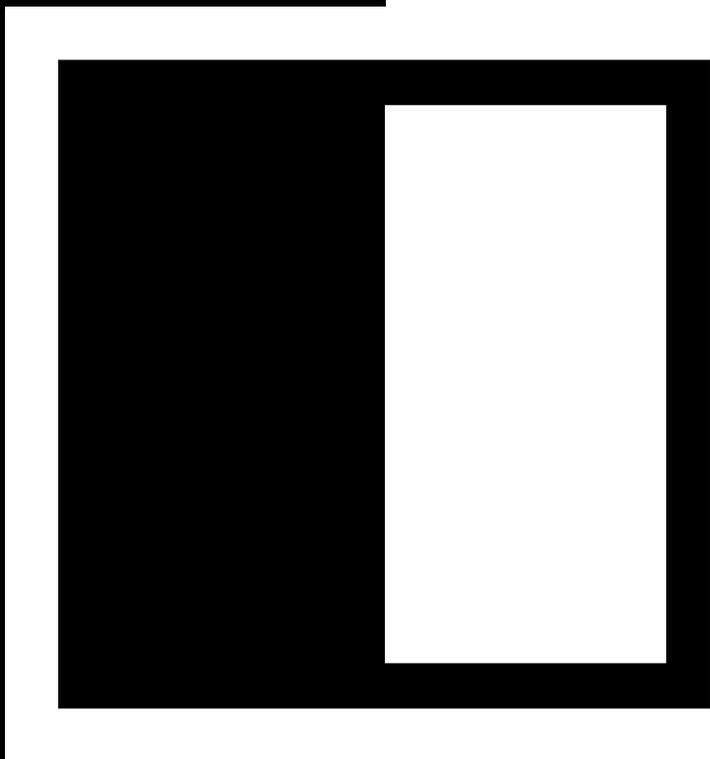


# kontraste

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik



JUGENDLICHE AM ARBEITSMARKT  
SPEKTRUM  
BUCHTIPPS  
VERANSTALTUNGEN

2 | April 2013

<b>Jugendliche am Arbeitsmarkt</b>	
Jobgarantie für Jugendliche	4
Jugendbegriff im Umbruch	7
Marienthal-Symposium diskutiert Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit in Europa	14
Jugendarbeitslosigkeit in Nordafrika	15
Fachausbildung als Mittel gegen Jugendarbeitslosigkeit	20
Oberösterreich: Förderung Jugendlicher und arbeitsmarktferner Personen	23
<b>Spektrum</b>	
Zivilgesellschaftlich organisierte Integrationsarbeit am Beispiel des Vereins „Immanuel“	25
Kommt ein postdemokratisches Zeitalter?	31
<b>Buchtipps</b>	32
<b>Veranstaltungen</b>	34

## „Generation arbeitslos“?

*Gianni Rosas, Jugend-Experte der ILO, brachte es im Time Magazine auf den Punkt: „Wir befinden uns in einer Situation, in der es unseren Kindern schlechter geht als uns vor 20 Jahren. (...) Wir bewegen uns rückwärts.“ 7,5 Mio. junge EuropäerInnen im Alter von 15 bis 24 Jahren haben derzeit weder einen Arbeitsplatz noch befinden sie sich in Ausbildung. Und über 30 Prozent der unter 25-jährigen Arbeitslosen sind dies bereits mehr als zwölf Monate - Tendenz steigend. Dazu kommen jene, die in Praktika, Scheinselbstständigkeit, befristeten und gering bezahlten Jobs unterhalb ihrer Qualifikation „Warteschleifen“ drehen. Sie alle haben, schreibt Jan Dörner in der Tiroler Tageszeitung, das Gefühl: „Das Leben fängt nicht an.“*

*Die Folgen dieser Situation sind in mehrfacher Hinsicht fatal: Für die Betroffenen hat sie langfristige finanzielle Auswirkungen, da die Defizite beim Berufseinstieg später schwer aufgeholt werden können, zumal bei länger andauernden Übergangsphasen bereits erworbene Kenntnisse wieder verloren gehen, woraus neben individuellen Nachteilen auch solche für die Volkswirtschaft resultieren. Am problematischsten ist vermutlich jedoch die Gefahr einer gesellschaftlichen und politischen Entfremdung bzw. einer stark schwindenden Identifikation mit einem System, das für viele nur Hoffnungslosigkeit bereithält.*

*Spätestens hier sollten bei den Verantwortlichen die Alarmglocken läuten. Allerdings hatte man bislang das Gefühl, dass insbesondere die europäische Politik*

*vor dem Phänomen gebannt verharrt wie das berühmte Kaninchen vor der Schlange. Zumindest das hat sich zuletzt geändert: Spät hat man auf europäischer Ebene reagiert und eine so genannte Jobgarantie beschlossen, der zufolge jede/r unter 25-Jährige längstens vier Monate nach Ausbildungsende ein Angebot für eine Arbeitsstelle, eine Weiterbildung oder einen neuen Ausbildungsplatz erhalten soll. Eine echte Jobgarantie ist das zwar nicht, aber immerhin ist ein Umdenken auf EU-Ebene bemerkbar. Auch können zusätzliche Bildungsangebote eine sinnvolle Perspektive für die Jugendlichen bieten, wie der deutsche Ökonom Herbert Brücker betont. Achillesferse des Projekts ist allerdings, dass die EU in diesem Bereich nur Empfehlungen aussprechen kann und die Verantwortung für die Umsetzung somit bei den Mitgliedstaaten liegt. (vgl. Beitrag S. 4)*

*Um (Jugend-)Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen, sind zudem darüber hinausgehende Maßnahmen notwendig. Die entsprechenden Vorschläge reichen von zusätzlichen öffentlichen Investitionen, etwa in einen Ausbau der Kinderbetreuungs- und Pflegeeinrichtungen, bis hin zu einer gerechten Aufteilung der vorhandenen Arbeit durch eine Reduktion der Überstunden und eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit. Eine von Seiten der Industrie zuletzt geforderte Arbeitszeitverlängerung und ein höheres Pensionsantrittsalter würden hingegen, so Gewerkschaftsvertreter Peter Pick, auf Kosten der Jugend gehen und deren Chancen auf einen regulären Arbeitsplatz weiter mindern. Das meint auch*

*Ihre  
Kontraste-Redaktion*

### Authentische Bilder des amerikanischen Alltags

Walker Evans – 1903 bis 1975 – ist einer der bekanntesten US-amerikanischen Fotografen, der vor allem durch seine Bilderserien, welche die Armut der Landarbeiter zur Zeit der Großen Depression dokumentieren, berühmt wurde. Seine Arbeiten sind maßgeblich für eine Fotografierichtung, die als „dokumentarischer Stil“ bezeichnet wird. In den fünf Dekaden seines Schaffens hat er mit nüchtern registrierenden Aufnahmen ein einzigartig authentisches Bild Amerikas aufgezeichnet – wie kein an-

derer vor ihm mit dem besonderen Empfinden für das Alltägliche und Subtile. Die Ausstellung „Walker Evans – Decade by Decade“ in der Landesgalerie Linz zeichnet, ausgehend von der Wiederentdeckung seines Werks Anfang der 1970er-Jahre, alle Schaffensphasen des Fotografen von den 1930er- bis in die frühen 1970er-Jahre nach.

*Walker Evans – Decade by Decade  
Oberösterreichische Landesgalerie, 2. Stock  
Museumstraße 14, 4010 Linz  
Laufzeit: bis 26. Mai 2013*

## Jobgarantie für Jugendliche

Die Zahlen sind alarmierend: Ende 2012 waren mehr als 5,5 Millionen junge EuropäerInnen arbeitslos. Die Jugend-Arbeitslosigkeit ist damit etwa doppelt so hoch wie die der über 25 Jährigen. In Krisenländern wie Griechenland und Spanien sind sogar mehr als die Hälfte der Jugendlichen auf Arbeitsuche. Dem will die EU gegensteuern. Spätestens vier Monate nach dem Ende ihrer Ausbildung sollen unter 25-Jährige zumindest einen Praktikumsplatz bekommen.

Die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Jugendgarantie, die junge Europäer in Arbeit und Ausbildung bringen soll, wurde Ende Februar vom Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ angenommen. Kommissionspräsident José Manuel Barroso und László Andor, Kommissar für Beschäftigung und Soziales, begrüßten die Annahme durch den Rat. Barroso erklärte: *„Zu viele junge Europäer fragen sich, ob sie jemals einen Job finden oder dieselbe Lebensqualität wie ihre Eltern haben werden. Sie erwarten Antworten von uns. Daher hat die Europäische Kommission in den vergangenen zwei Jahren den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit an die Spitze der politischen Tagesordnung in Europa gesetzt.“* Sechs Milliarden Euro seien für die Initiative Jugendbeschäftigung eingeplant, um jungen Arbeitslosen zu helfen. Mit der Jugendgarantie hätten junge Menschen eine echte Chance für eine bessere Zukunft. László Andor, Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration, fügte hinzu: *„Es ist entscheidend, dass die Mitgliedstaaten schnell tätig werden und die Jugendgarantie einführen, damit junge Menschen so schnell wie möglich Arbeit finden.“* Die Kommission will mit der 2012 vorgeschlagenen Jugendgarantie ermöglichen, dass jede/r EU-BürgerIn unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten nach Abschluss einer formellen Ausbildung oder bei Arbeitslosigkeit ein Angebot für eine neue Stelle, eine Weiterbildung oder einen Ausbildungsplatz erhält.

### Maßnahmenpaket der EU-Kommission

Der Beschluss geht auf einen Kommissions-Vorschlag zurück, mit dem sie die Mitgliedstaaten in ihrem Kampf gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit und

soziale Ausgrenzung junger Menschen unterstützen will. *„Eine hohe Jugendarbeitslosigkeit hat dramatische Konsequenzen für unsere Wirtschaft, unsere Gesellschaft und vor allem für die jungen Menschen selbst. Deshalb müssen wir jetzt in die Jugend Europas investieren“,* sagte Sozial-Kommissar Andor bei der Präsentation des Maßnahmenpakets Anfang Dezember. *„Dieses Paket soll den Mitgliedstaaten dabei helfen, den jungen Menschen den erfolgreichen Übergang ins Erwerbsleben zu ermöglichen. Gelingt dies nicht, so werden die Folgen katastrophal sein.“*

Mit der vorgeschlagenen Empfehlung werden die Mitgliedstaaten dazu aufgerufen, enge Partnerschaften mit den Interessensträgern einzugehen, für eine frühzeitige Intervention der Arbeitsverwaltungen und anderer Partner aus dem Bereich der Jugendförderung zu sorgen, unterstützende Maßnahmen zur Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt zu ergreifen, den Europäischen Sozialfonds und andere Strukturfonds in vollem Umfang zu nutzen, die Jugendgarantien rasch einzuführen bzw. zu bewerten und weiter zu verbessern. Die Kommission will die Mitgliedstaaten mit EU-Mitteln, durch Förderung des Austauschs von Good Practice unter den Mitgliedstaaten, durch Überwachung der Umsetzung der Jugendgarantien im Rahmen des Europäischen Semesters und durch Sensibilisierung unterstützen.

Zur Erleichterung des Übergangs von der Schule ins Erwerbsleben sieht das Paket auch die Durchführung einer Konsultation der Sozialpartner auf europäischer Ebene zu einem Qualitätsrahmen für Praktika vor, damit junge Menschen unter sicheren Bedingungen Arbeitserfahrungen sammeln können. Außerdem ist die Gründung einer Europäischen Ausbildungsallianz zur Verbesserung der Qualität von und des Angebots an verfügbaren Ausbildungsplätzen vorgesehen. Dies soll durch Verbreitung erfolgreicher Berufsausbildungssysteme in allen Mitgliedstaaten geschehen. Zudem wird aufgezeigt, wie Mobilitätshindernisse für junge Menschen abgebaut werden können.

### Hintergrund: Extrem hohe Arbeitslosigkeit

Etwa 5,5 Mio. junge Menschen auf dem Arbeitsmarkt (mehr als jeder Fünfte) können derzeit keinen Arbeitsplatz finden, und 7,5 Mio. junge Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren haben weder einen Arbeitsplatz noch befinden sie sich in einer Ausbildung. Zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten gibt es dabei große Unterschiede: Während etwa in den Niederlanden nur sieben Prozent der Jugendlichen ohne Job und Ausbildung sind, hat die Jugendarbeitslosigkeit in 13 EU-Mitgliedstaaten mittlerweile eine Quote von über 25

Prozent erreicht. In Griechenland und Spanien liegt sie sogar bei über 55 Prozent und in Italien, Portugal, Irland, Bulgarien, Zypern, Lettland, Ungarn und der Slowakei bei oder über 30 Prozent. Mindestens 30 Prozent der Arbeitslosen im Alter bis 25 Jahren sind schon seit mehr als 12 Monaten arbeitslos – im Jahr 2011 waren es 1,6 Mio. gegenüber 0,9 Mio. im Jahr 2008.

Gemäß einer Studie der in Dublin ansässigen Europäischen Agentur Eurofound waren im Jahr 2011 EU-weit nur 33,6 Prozent der jungen Menschen in Beschäftigung – laut Eurofound die niedrigste Zahl, die es je gab. So sind die Gesamtbeschäftigungsquoten in den vergangenen vier Jahren um fast fünf Prozent gesunken – drei Mal so stark wie bei den Erwachsenen. Junge Arbeitslose haben nur geringe Chancen, einen Arbeitsplatz zu finden: Nur 29,7 Prozent der 15-24-Jährigen, die im Jahr 2010 arbeitslos waren, fanden im Jahr 2011 einen Arbeitsplatz – ein Rückgang um fast 10 Prozent in drei Jahren.

### Gefahr von politischen Unruhen

Junge Menschen sind auf dem europäischen Arbeitsmarkt somit am stärksten gefährdet und ihr Marginalisierungsrisiko steigt weiter. Dieser Umstand hat zum einen unmittelbare Auswirkungen, zum anderen aber auch mittel- und langfristige Folgen. Die sich verschärfende Krise auf dem Arbeitsmarkt kann dazu führen, dass ein großer Teil der gesamten jungen Generation gesellschaftlich ausgegrenzt bleibt, mit entsprechend drastischen Folgen für die Beschäftigung, die Produktivität und den sozialen Zusammenhalt – jetzt und in der Zukunft.

So schätzt der britische Ökonom Paul Gregg vor allem die langfristigen finanziellen Auswirkungen der hohen Jugendarbeitslosigkeit als gravierend ein. Junge Menschen sammelten im Lebensabschnitt zwischen 19 und 30 Jahren beim Berufseinstieg die wichtigsten Erfahrungen, sagte Gregg gegenüber dem Guardian: *„Ist man während dieser Phase ein Jahr oder mehr ohne Arbeit, entgeht einem eine wichtige Lernphase.“* Es entstünden Defizite, die auch später nur sehr schwer wieder aufgeholt werden könnten. Diese wiederum fielen der Wirtschaft dann als reduzierte Produktivität zur Last.

Eurofound warnt auch vor den gesellschaftlichen Auswirkungen der hohen Jugendarbeitslosigkeit. *„Junge Menschen ohne Beschäftigung oder Ausbildung sind stärker in Gefahr, sich politisch und gesellschaftlich zu entfremden“*, heißt es in dem Bericht. So sei das Interesse an politischem und sozialem Engagement

deutlich geringer als bei Gleichaltrigen, die Arbeit haben. Allerdings gebe es auch hier länderspezifische Unterschiede: Während das politische Interesse unter den Betroffenen etwa in mittel- und osteuropäischen Ländern geringer sei, sei es in Südeuropa größer.

Stefano Scarpetta, Leiter der Abteilung Beschäftigungspolitik bei der OECD, sagte gegenüber dem Guardian, die Ernüchterung bei Europas junger Generation habe ein gefährliches Level erreicht: *„Wir kommen unserer gesellschaftlichen Verantwortung nicht mehr nach.“* Werde nichts gegen die Situation unternommen, steige die Gefahr von sozialen und politischen Unruhen massiv an. Scarpetta zog sogar einen Vergleich zum Arabischen Frühling. In den arabischen Ländern seien unter anderem auch jene jungen Leute auf die Straßen gegangen, die trotz guter Ausbildung keine Chancen am Arbeitsmarkt hatten.

### Ökonomische Aspekte

Die wirtschaftlichen Kosten der Nichtintegration junger Menschen in den Arbeitsmarkt wurden von Eurofound auf 153 Mrd. Euro jährlich (1,2% des EU-BIP) geschätzt. Die Zahl setzt sich aus den staatlichen Leistungen für die Arbeitslosen und der fehlenden Produktionskraft in der Wirtschaft zusammen und ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen: Im Jahr 2008 hatten sich die Kosten auf „lediglich“ 120 Milliarden Euro oder ein Prozent des BIP belaufen. In einigen Ländern wie Bulgarien, Zypern, Griechenland, Ungarn, Irland, Italien, Lettland und Polen machen diese Kosten mittlerweile zwei oder mehr Prozent des BIP aus. Könnten diese Aufwendungen künftig eingespart werden, so fielen die mit der vorgeschlagenen Jugendgarantie verbundenen staatlichen Kosten im Vergleich dazu kaum ins Gewicht, argumentiert die Kommission.

Für die Umsetzung des Plans sind die einzelnen EU-Mitgliedstaaten zuständig, denn die EU kann in arbeitsmarktpolitischen Fragen nur Empfehlungen ohne verbindlichen Charakter aussprechen – für das ÖGB-Europabüro die Achillesferse des Projekts. Dessen Umsetzung würde jedenfalls rund 21 Milliarden Euro kosten, schätzt Sozialkommissar Andor. Von den sechs Milliarden Euro, die aus dem EU-Budget 2014–2020 für den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit zur Verfügung stehen, sollen drei Milliarden aus dem Europäischen Sozialfonds ESF kommen und weitere drei Milliarden aus einer eigenständigen Haushaltslinie „Jugendbeschäftigung“ unter dem Kohäsionsfonds. Die Mittel sollen allen Regionen mit einer Jugendarbeitslosigkeit von mehr als 25 Prozent offenstehen.

### Arbeitsmarktpolitik für Jugendliche in Österreich

*Im Mittelpunkt der Arbeitsmarktpolitik für Jugendliche stehen hierzulande Beratungs- und Betreuungsangebote. So bietet das AMS Jugendlichen an der Schnittstelle Schule/Beruf Erstberatungsgespräche zur Unterstützung bei der Berufswahl an, damit diese unüberlegte Berufsentscheidungen vermeiden und stattdessen Berufe entdecken, die ihren persönlichen Neigungen entsprechen und Perspektiven bieten.*

*Das duale System der Lehrausbildung wird von rund 40 Prozent eines Jahrgangs in Anspruch genommen. Die Fördermodelle für ausbildende Betriebe wurden erweitert, um sowohl die Anzahl als auch die Qualität der Lehrlingsausbildung in den Betrieben zu erhöhen. Das Pilotprojekt „Lehrlingscoaching“ in Wien, der Steiermark, Oberösterreich und Tirol bietet seit 2012 sowohl für Lehrlinge als auch für Betriebe neue Beratungs- und Betreuungsmodelle. Die Abwicklung der betrieblichen Lehrstellenförderung erfolgt über die Lehrstellenstellen der Wirtschaftskammer. Besondere Förderungen, um einerseits die Integration von arbeitsmarktpolitischen Problemgruppen in den Arbeitsmarkt zu verbessern und andererseits der Benachteiligung der Frauen entgegenzuwirken, gibt es darüber hinaus durch das AMS.*

*Im Schuljahr 2012/2013 wurde vorerst in Wien und der Steiermark ein Beratungs- und Betreuungsangebot zur Begleitung von SchülerInnen im individuellen 9. Schulbesuchsjahr etabliert. Damit wird präventiv versucht, dropout-gefährdeten SchülerInnen jene Hilfe zu geben, die ihnen einen weiteren Verbleib im Ausbildungs- bzw. Bildungssystem ermöglichen soll. Ein weiterer Ausbau in anderen Bundesländern ist geplant.*

*Jugendliche, die nach Beendigung der Schulpflicht nicht in ein betriebliches Ausbildungsverhältnis vermittelt werden konnten, können aufgrund der seitens der Regierung zugesicherten Ausbildungsgarantie in einer überbetrieblichen Lehrereinrichtung eine gleichwertige Lehre absolvieren. Übergeordnetes Ziel dieser Maßnahme ist die Vermittlung auf eine betriebliche Lehrstelle. Im Ausbildungsjahr 2011/12 standen rund 12.300 Plätze in der überbetrieblichen Lehrausbildung zur Verfügung. Die Gesamtkosten hierfür betragen rund 187 Mio. Euro.*

*Ein Angebot speziell für jugendliche Schul- und LehrabbrecherInnen sowie Jugendliche mit Schwierigkeiten und speziellem Förderbedarf stellen die derzeit 20 Produktionsschulen dar. Das Konzept sieht eine Kombination von Werkstattarbeit, Kreativitätsmethoden und sozialarbeiterischer Begleitung vor. Ziel der Kombination von Arbeit und Lernen ist die Integration in das berufliche Erstausbildungssystem oder in den Arbeitsmarkt auf Grundlage einer persönlichen Stabilisierung.*

*Um den Übertritt Jugendlicher in die Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden, wird durch das Programm „Aktion Zukunft Jugend“ gewährleistet, dass nicht direkt vermittelbare Jugendliche innerhalb der ersten sechs Monate ihrer Vormerkung beim AMS eine individuell abgestimmte Qualifizierungsförderung erhalten oder über eine spezielle Beschäftigungsförderung wieder in Arbeit gebracht werden. 2011 konnten im Rahmen dieser Aktion rund 71.000 Jugendliche eine Schulung und rund 139.000 eine Beschäftigung aus einer Vormerkung beim AMS aufnehmen.*

*Quelle: BMASK*

### Vorbilder Österreich und Finnland

Als Vorbild für die Garantie gelten ähnliche Modelle in Österreich und Finnland. In Österreich gibt es seit 2008 eine „Ausbildungsgarantie“, wonach jeder Jugendliche, der nach dem Pflichtschulabschluss keine betriebliche Lehrstelle bekommt, das Recht darauf hat, eine überbetriebliche Lehrausbildung zu absolvieren, etwa bei einem Verein wie Jugend am Werk.

19- bis 24-Jährige, die ein halbes Jahr keine Stelle finden, müssen zudem vom Arbeitsmarktservice ein Job- oder Kursangebot erhalten (siehe Kasten). Das österreichische Modell sei von einer wirklichen Jobgarantie zwar weit entfernt, aber immerhin sei die heimische Jugendarbeitslosigkeit mit 8,5 Prozent im EU-Vergleich sehr niedrig, konzediert Standard-Autor Andreas Szigetvari, der andererseits den hohen finan-

ziellen Aufwand für die gesetzten Maßnahmen (452 Millionen Euro im Jahr 2011) ins Treffen führt.

Trotz der Unverbindlichkeit des Maßnahmenpakets loben von Szigetvari befragte ArbeitsmarktökonomInnen die Idee einer Job- oder Ausbildungsgarantie. „Wir können jede Initiative gebrauchen“, meint etwa der italienische Experte Francesco Pastore. In Italien sind derzeit 36,5 Prozent der Jugendlichen arbeitslos. Zwar hätten der Konjunkturreinbruch und die Sparpolitik der Regierung die Lage verschärft, doch unabhängig davon kämpft Südeuropa laut Pastore mit einer Reihe von Strukturproblemen. Das italienische Ausbildungssystem ist seines Erachtens wenig praxisorientiert, weshalb junge Erwachsene am Arbeitsmarkt kaum unterkämen. So dauert der Übergang nach Ende der Ausbildung bis zur ersten Arbeitsstelle im Schnitt 50 Monate.

Auch für die Experten der UNESCO sind die erschreckend hohen Arbeitslosenraten bei Jugendlichen in Südeuropa nicht nur eine Folge der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise, sondern ebenso die Konsequenz mangelnder Bildung. Selbst vor der Krise hätten mehr als 40 Prozent der jungen GriechInnen und auch der ItalienerInnen fünf Jahre auf einen Job warten müssen, heißt es. Die UNESCO fordert deswegen, deutlich mehr Mittel für die Qualifikation Ju-

gendlicher bereitzustellen. „Die hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen Ländern der Europäischen Union ist beunruhigend. Daher müssen auch wir in Europa der beruflichen Bildung in Zukunft hohe Aufmerksamkeit schenken, damit wir nicht in wenigen Jahren schon von einer verlorenen Generation sprechen müssen“, warnt der stellvertretende Generalsekretär der deutschen UNESCO-Kommission, Dieter Offenhäuser.

Die Regierung Monti hat jedenfalls entsprechend gehandelt und in Italien 2011 eine dreijährige betriebliche Ausbildung eingeführt, die allen offensteht, die eine Schule oder Universität abgeschlossen haben. Der Erfolg der Maßnahme ist jedoch begrenzt, nur 120.000 junge ItalienerInnen nutzen bislang das Modell. Dennoch sei es wichtig, dass die EU-Kommission signalisiert, dass sie solche Projekte unterstützen möchte, meint Arbeitsmarktexperte Pastore. Ähnlich sieht dies der deutsche Ökonom Herbert Brücker: Zusätzliche Qualifikationsangebote würden die Jobkrise zwar nicht beenden, sagte er gegenüber dem Standard, doch sie böten den Jugendlichen zumindest eine sinnvolle Perspektive. [hs]

*Quellen: Der Standard, 28.02.2013; 06.12.2012; EUROPA – Press Releases, 28.02.2013; 05.12.2012; ÖGB-Europabüro, 28.02.2013; www.orf.at, 24.10.2012; Zeit online, 23.10.2012*

## Jugendbegriff im Umbruch

**Jugend beginnt heutzutage früher und dauert länger, so eine zentrale Erkenntnis aus dem sechsten Bericht zur Lage der Jugend in Österreich. Der umfangreiche, aus einer Reihe wissenschaftlicher Beiträge bestehende Bericht bietet einen Überblick über die Situation junger Menschen in Österreich und beschreibt Leistungen und Angebote der heimischen Jugendarbeit.**

Die soziologische Analyse des gesellschaftlichen Jugendbegriffs ergibt, dass die Jugendphase heute früher beginnt und länger andauert. Die Übergänge vom Kind zum Jugendlichen und vom Jugend- zum Erwachsenenalter seien, so der diesbezügliche Befund, zunehmend weniger klar abgrenzbar: Die Ent-

wicklungspsychologie spricht heute von den Phasen der frühen, mittleren und späten Adoleszenz, die sie zwischen dem 10. und 13., dem 14. und 17. sowie dem 18. und 21. Lebensjahr verortet. Für die Bezeichnung des Lebensabschnitts, der zwischen Kindheit und Pubertät durchlaufen wird, verwenden interdisziplinäre Studien außerdem den Begriff der „juvenile transition“: In dieser Phase kommt durch Ausschüttung von Geschlechtshormonen eine Reihe von (geschlechtsspezifisch bzw. individuell unterschiedlichen) Verhaltensänderungen zustande. Zunehmend wichtiger werde auch der Lebensabschnitt, den man in der wissenschaftlichen Literatur als „emerging adulthood“ bezeichnet und der sich zwischen dem 18. und 25. Lebensjahr bzw. dem dritten Lebensjahrzehnt erstreckt. Da das Heranwachsen in einer pluralistischen Gesellschaft, in der man von einer höheren Lebenserwartung ausgehen könne, sehr viel komplexer geworden ist, verlängerten sich schließlich auch die Phasen der Suche und Orientierung.

An Jugendliche wird vor dem Hintergrund sozialer Veränderung außerdem eine Reihe neuer Anforderungen gestellt: Der im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend erstellte Bericht spricht in diesem Zusammenhang etwa von verschärftem Bildungsdruck und einem Wettbewerb um Bildungsabschlüsse, der zwar zu einer Verlängerung der Ausbildungszeit führe, aber keine Gewähr für eine erfolgreiche berufliche Positionierung biete. Durch diese Verengung von Zukunftshorizonten sei die Konzentration auf Gegenwart und kurzfristige Aufgaben der Lebensbewältigung für Jugendliche wichtiger geworden, heißt es im Bericht.

Die verstärkte gesellschaftliche Differenzierung führe außerdem dazu, dass Selektions- und Differenzierungsprozesse gegenwärtig schon im Jugendalter offensichtlich würden: Man habe Heranwachsende deshalb als eine nach Geschlecht, Ethnizität, Entwicklungsbesonderheiten und Status differenzierte Zielgruppe aufzufassen. Herkunftsbezogene Ungleichheiten brechen laut Studien vor allem in der Übergangssequenz Schule-Ausbildung-Beruf auf und konfrontieren die betroffenen Jugendlichen mit erheblich eingeschränkten Lebensgestaltungsoptionen. Schätzungen zufolge ist davon bis zu ein Fünftel der Heranwachsenden betroffen.

### **Demographischer Wandel – Spannungsfeld zwischen den Generationen?**

Derzeit stellen Kinder und Jugendliche unter 20 Jahren 21,2 Prozent der Gesamtbevölkerung, was einem Minus von 3,8 Prozent gegenüber dem Vergleichswert des Jahres 1988 gleichkommt. In 20 Jahren wird ihr Anteil schließlich auf 18,9 Prozent geschrumpft sein, während jener der über 65-Jährigen von derzeit 17,2 auf 23 Prozent ansteigen wird. Der Rückgang an Jugendlichen werde sich aber nicht kontinuierlich vollziehen, sondern in einem relativ abrupten Einbruch der Gruppe der 15- bis 19-Jährigen zwischen 2009 und 2018 manifest werden, prophezeit der Bericht.

Die steigenden Kosten für die Versorgung älterer Menschen nehmen – in Zeiten knapper Budgets – außerdem einen nicht unwesentlichen Einfluss auf die Entwicklung von Angeboten für Jüngere, z.B. im Kindergarten- und Schulbereich. Durch die Alterung der Gesellschaft kommt es aber auch zu einer Interessensverschiebung, die sich in für die Jugend nachteiligen politischen Schwerpunktsetzungen niederschlagen kann, skizziert die diesbezügliche Forschung. Daraus ergebe sich wiederum ein Spannungsfeld zwischen den Generationen.

### **Jugend bekommt Verschlechterung der Arbeitsmarktlage stark zu spüren**

Von der Verschlechterung der Arbeitsmarktlage infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise sind vor allem Jugendliche stark betroffen: Einerseits schrumpfe ihre Chance auf eine Beschäftigung, andererseits seien sie stärker gefährdet, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, zumal sie häufig nicht zur Kernbelegschaft zählten und größtenteils über flexible Beschäftigungsformen eingestellt würden. Für die Kündigung junger MitarbeiterInnen fallen den ArbeitgeberInnen auch kaum Kosten an, gibt der Bericht in diesem Zusammenhang zu bedenken. In der derzeitigen Krise ist die Jugendarbeitslosigkeit deshalb deutlich stärker gestiegen als die der anderen Altersgruppen. Jugendliche, die als Arbeitssuchende in den Arbeitsmarkt einsteigen, seien aber mit einem Stigma behaftet, das ihre Beschäftigungs- und Erwerbschancen nachhaltig verringere. Vor allem seit dem Jahr 2000 habe man es mit einem überproportionalen Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit zu tun, von dem vor allem Frauen betroffen seien, heißt es im Bericht.

Der längerfristige Strukturwandel – von industriell-gewerblicher Arbeit zu Dienstleistungen – trifft junge Menschen vor allem dann hart, wenn das Erstausbildungssystem auf die damit einhergehende Veränderung von Anforderungsprofilen nicht reagiert. Außerdem erschwere auch die Verringerung der Zahl der Eintrittspforten in den Arbeitsmarkt, an denen man angelernt werde, den Einstieg ins Erwerbsleben: Damit falle es der heutigen Generation nicht leicht, in den Arbeitsmarkt einzutreten, obgleich sie besser qualifiziert wäre als jede andere zuvor. Woran es Jugendlichen aber mangle, sei das Erfahrungswissen über die Funktionsmechanismen der Arbeit in Betrieben, da kaum ältere Arbeitskräfte zu ihrer Anleitung zur Verfügung stünden, heißt es in einem der Beiträge.

Gewisse Jugendgruppen, etwa ethnische Minderheiten und MigrantInnen der ersten und zweiten Generation, weisen ein erhöhtes Risiko auf, am Rande der Erwerbsgesellschaft zu verbleiben, was unter anderem auf ihre Position im Bildungssystem zurückgeführt wird: Vor allem türkische Mädchen, die in Österreich leben, haben laut Bericht ihren Bildungsgrad nicht verbessern können, sondern sind sogar gegenüber dem Vergleichswert der achtziger Jahre zurückgefallen. Den unterdurchschnittlichen Bildungsstand von Jugendlichen aus Drittstaaten führt man dabei unter anderem auf die mangelnde Anpassungsfähigkeit des Bildungssystems an die Bedürfnisse einer zunehmend multikulturellen und vielsprachigen Schülerschaft zu-

rück. Die Anforderungen, die an Kinder und Jugendliche der zweiten Generation seitens des Elternhauses gestellt würden, seien allerdings durchschnittlich höher als in Familien ohne Migrationshintergrund, gibt man im Bericht zu bedenken.

### Soziale Faktoren beeinflussen

#### Bildungsbeteiligung

Zwar stelle eine gut gebildete Jugend die Voraussetzung dafür dar, dass das Wirtschaftswachstum in einer wissensbasierten Gesellschaft aufrechterhalten werden könne, doch bestünden in Österreich auf diesem Gebiet immer noch Defizite: So liegt man etwa, was die Zahl der Jugendlichen, die keinen über die Pflichtschule hinausweisenden Bildungsabschluss vorweisen können, anbelangt, mit 10,9 Prozent nur knapp am von der Europäischen Union vorgegebenen Zielwert von 10 Prozent. Und auch die Zahl jener, die die Schule frühzeitig verließen, konnte nicht signifikant nach unten gedrückt werden. Die Bildungsbeteiligung in der Altersklasse der 15- bis 19-Jährigen liegt mit 82 Prozent leicht über dem OECD-Durchschnitt, jedoch unter jenem der EU-19. Einen noch stärkeren Rückstand gibt es bei den 20- bis 29-Jährigen zu verzeichnen.

Unter den Jugendlichen stellen AbsolventInnen einer Lehre derzeit die – nach Ausbildungsstand gereiht – größte Gruppe. Auf Platz zwei folgen jene jungen Menschen, die ihren höchsten Bildungsabschluss an einer höheren Schule (AHS oder BHS) erworben haben. Während bei jungen Männern eine verstärkte Tendenz zur Lehre als höchstem Bildungsabschluss erkennbar ist, überwiegen bei den Frauen die Bildungsabschlüsse an höheren Schulen.

Was das österreichische Bildungssystem anbelangt, attestiert der Bericht eine zunehmende Differenzierung der Bildungswege: Auf den Abschluss der Pflichtschule folgt eine zunehmend diverser werdende obere Sekundarstufe. Gleichzeitig kann jedoch auch von einer nachhaltigen „Versäulung“ der Bildungspfade gesprochen werden, zumal die meisten Jugendlichen dem einmal eingeschlagenen, typischen Weg treu blieben und damit beispielsweise nur sechs Prozent der HauptschülerInnen in die Oberstufenform einer AHS wechseln. An den öffentlichen Universitäten setzen sich die Neuzugänge vor diesem Hintergrund zu 93 Prozent aus ReifeprüfungsabsolventInnen zusammen.

In Hinblick auf soziale Aspekte der Bildung merkt der Bericht an, dass zwischen Kindern aus unteren und



Jugendliche sehen sich einem verstärkten Bildungsdruck ausgesetzt. Die verlängerte Ausbildungszeit ist allerdings keine Gewähr für eine erfolgreiche berufliche Positionierung. Foto: hs

oberen Schichten zwar Leistungsunterschiede bestehen, doch Jugendliche aus bildungsferneren Familien auch dann seltener eine allgemeinbildende höhere Schule besuchen, wenn sie das gleiche Leistungsniveau wie jene aus den oberen Schichten erreichen. Außerdem nehmen Eltern aus unterschiedlichen sozialen Segmenten in verschiedenartiger Weise Einfluss auf die Bildungsaspirationen ihrer Kinder: Für Mütter und Väter aus niedriger Schicht spielen Arbeitsplatzchancen, erwarteter Verdienst, Dauer und Kosten der Ausbildung sowie Interesse des Kindes eher eine Rolle als für Eltern aus oberen Schichten.

Für die Entstehung von Bildungsferne sind mehrere Variablen ausschlaggebend: Hierzu zählen etwa die Faktoren Muttersprache, Urbanität, Mediennutzung, finanzielle Situation und Bildungsniveau der Eltern. Die berufliche Situation stellt sich für bildungsferne Jugendliche dabei wesentlich ungünstiger dar als für bildungsnah: Sie sind mit allen Berufsaspekten, vor allem aber ihrem Verdienst, deutlich unzufriedener und weisen ein intuitiveres Entscheidungsverhalten auf.

### **Großteil geht vorsichtig mit Geld um**

Studien zufolge geht ein Großteil der jungen Menschen rational und vorsichtig mit Geld um und vermeidet, Schulden zu machen. Dem steht jedoch ein kleinerer Anteil Jugendlicher gegenüber, die ein erhöhtes Risiko aufweisen, in eine gefährliche Verschuldungsdynamik einzutreten. Besonders bedroht sind dabei junge Menschen mit Migrationshintergrund, finanziell benachteiligtem Elternhaus, prekärem Erwerbsstatus, aktueller Schuldenbelastung und teurer Selbständigkeit. Insgesamt hängen das Konsumverhalten und die Finanzkompetenz der Jugendlichen wesentlich davon ab, ob bzw. inwieweit sie in die familiären Kaufentscheidungen eingebunden waren bzw. über die finanzielle Situation ihrer Eltern Bescheid wissen.

### **13 Prozent sind armutsgefährdet**

Auf Basis der EU-SILC (Statistics on Income and Living Conditions) 2007 schätzen ForscherInnen die Zahl der armutsgefährdeten Jugendlichen in Österreich auf rund 236.000. Das entspricht 13 Prozent der 10- bis 27-Jährigen. Das Gefährdungsrisiko der Jugendlichen liegt mit 12 Prozent allerdings deutlich geringer als jenes von Kindern (16%). Betroffen sind vor allem Mädchen und junge Frauen. Außerordentlich hoch liegt die Gefährdungsquote außerdem in Wien (25%). Ein besonderes Armutsrisiko trifft darüber hinaus Haushalte mit nur einem Elternteil und Jugendliche, die weder mit ihrem Vater noch mit ihrer Mutter zusammenleben. Das geringste Risiko tragen

Jugendliche, die erwerbstätig sind und im Haushalt der Eltern leben.

Neben der Feststellung der Armutsgefährdung wurde eine weitere EU-SILC-Kennzahl, die finanzielle Deprivationsquote von jungen Menschen in Österreich betrachtet – also der Anteil der Armutsgefährdeten, die Einschränkungen in konkreten Lebensbereichen hinnehmen müssen. Diese Kennzahl liegt mit 313.000 Jugendlichen sogar noch etwas höher als die Armutsgefährdungsquote: Betroffen sind vor allem Jugendliche, die die Volljährigkeit bereits erreicht haben, denn in der späten Jugendphase klaffen Notwendigkeiten und finanzielle Verwirklichungschancen besonders stark auseinander. In einer manifesten Armutslage (deprivierte Lebensführung bei zeitgleich geringem Einkommen, die zu einer länger andauernden Benachteiligung führt) befinden sich rund 92.000 Jugendliche.

Der Bericht weist in diesem Zusammenhang auf das Bestehen einer Verbindung zwischen der sozialen Herkunft der Eltern und der Armutsgefährdung der Jugendlichen hin: Bei jungen Menschen, deren Vater und Mutter höchstens einen Pflichtschulabschluss besitzen, ist eine vier Mal so hohe Armutsgefährdungs- und eine sechs Mal so hohe Deprivationsquote feststellbar wie bei Jugendlichen, deren Eltern einen Hochschulabschluss vorweisen können. Die soziale Herkunft schaffe dementsprechend gravierende finanzielle Benachteiligungen für junge Menschen, die mitunter auch ihre soziale Teilhabe und Bildungschancen berührten.

Stark benachteiligt sind dabei auch Jugendliche aus Zuwandererhaushalten, und hier vor allem der zweiten Generation: Ist zumindest ein Elternteil migriert, liegt die Armutsgefährdungsquote vier Mal so hoch (28%) wie bei jungen Menschen, deren Eltern in Österreich geboren wurden.

Besonders ungünstig gestaltet sich auch die finanzielle Situation von Müttern und Vätern im Jugendalter: Die Zahl der armutsgefährdeten jugendlichen Eltern wird im Bericht mit etwa 30.000 beziffert. Ihre Deprivationsquote liegt bei 27 Prozent.

### **Jugendliche sehnen sich nach Verbindlichkeit in Beziehungen**

Freunde und Familie sind für 70 Prozent der Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 24 Jahren am wichtigsten, das belegen die Befunde der Österreichischen Jugend-Wertestudie. Arbeit und Schule rangieren mit 50 Prozent im Mittelfeld der Wertschätzung, Religion (11%) hat die Bedeutung der Politik (4%) bereits verdrängt, zitiert der Bericht die Ergebnisse der Umfrage.

Mehr als die Hälfte der männlichen Jugendlichen vertreten ein traditionelles Rollenverständnis, dem indes nur 40 Prozent der Frauen etwas abgewinnen können.

Ein Drittel der 13- bis 15-jährigen SchülerInnen gibt an, sich bereits mindestens einmal gewaltbereit verhalten zu haben, wobei männliche Jugendliche eine höhere Tendenz zur Gewaltanwendung aufweisen als Mädchen. Das Ausmaß der Gewaltbereitschaft schätzen die ForscherInnen auf Grundlage verschiedener Studien auf 10 bis 30 Prozent.

Die zentralen Dimensionen jugendlicher Werthaltungen bringt die Österreichische Jugendwertestudie auf den Nenner „Lieben, Leisten, Hoffen“: Junge Menschen sehnten sich nach Liebe und Glück in Beziehungsnärräumen, begegneten den an sie gestellten Anforderungen mit hoher Leistungsbereitschaft und hofften auf die Einlösung ferner Wünsche, die sich auf sichere Arbeit, zukunftsorientierte Ausbildung und eine veränderte Politik konzentrierten.

Die Qualität der Eltern-Kind-Beziehung wird laut vorliegendem Bericht überwiegend positiv charakterisiert, wenngleich Jugendliche den Familienalltag nicht uneingeschränkt als „Hafen der Harmonie“ beschrieben: Immerhin jede/r Fünfte gibt an, dass seinen/ihren Eltern machmal „die Hand ausrutscht“. Der familiäre Druck sei vor allem in Familien mit Migrationshintergrund stark, erklärt der Bericht. Jugendliche mit Migrationshintergrund blieben außerdem häufig auf Kontakte im eigenethnischen Milieu konzentriert, was Studien auf Ablehnung durch Einheimische, selbstgewählte Orientierung und aktive Einflussnahme des Elternhauses zurückführen. Die Jugendforschung attestiert nicht nur eine ausgeprägte Sehnsucht junger Menschen nach verbindlichen und stabilen Primärbeziehungen, sondern auch ein Streben nach Identitätsgewinn durch Identifikation mit post-traditionalen Lebensstilgemeinschaften,

Nicht nur Schule, Arbeit und Studium werden von jungen Menschen mit Stress in Verbindung gebracht, auch der Bereich der Freizeit kann unter bestimmten Voraussetzungen als belastend empfunden werden. Das sei etwa der Fall, wenn Eltern ihren Kindern – in bester Absicht – Förderangebote verordnen, die zu einem vollständig durchstrukturierten frühjugendlichen Freizeitalltag führten.

### Politisches Interesse wieder im Steigen

Studien attestieren der Jugend ein gestiegenes politisches Interesse seit der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre, das durch verschiedene Variablen wie Ausbildung, Herkunft und Geschlecht beeinflusst werde.

Ein nicht unbeträchtlicher Anteil (29%) zeigte sich 2007 allerdings nicht mit der Staatsform der Demokratie einverstanden. Der politischen Partizipation in der Schule komme dabei besondere Bedeutung zu, heißt es im Bericht: Wer sich hier engagiere, werde auch im späteren Leben politisch aktiv sein.

### Steigender Anteil Übergewichtiger

Nur zwei von fünf unter 15-Jährigen können einen ausgezeichneten Gesundheitszustand zu Protokoll geben. Erste ernsthafte körperliche Beschwerden werden allerdings erst im Alter zwischen 15 und 29 Jahren bemerkbar, wobei es sich vor allem um Probleme im Bereich der Hals- und Lendenwirbelsäule handelt. Der Anteil der Jugendlichen, die an Übergewicht oder Adipositas leiden, hat in den letzten Jahren signifikant zugenommen, wofür unausgewogene Ernährung und zu wenig Bewegung verantwortlich gemacht werden. Laut Bericht war 2007 jede/r Fünfte der unter 15-Jährigen übergewichtig oder adipös.

Rund 20 Prozent der 15-jährigen SchülerInnen greifen täglich, weitere 7,8 Prozent zumindest ein Mal wöchentlich zur Zigarette. Bei den 15- bis 29-Jährigen zeigt sich hingegen nur ein vergleichsweise geringer Zuwachs an RaucherInnen.

Das Einstiegsalter beim Alkoholkonsum liegt mit durchschnittlich 13 Jahren sehr niedrig, fanden die ExpertInnen heraus, ihre erste Betrunktheit erleben

### Lehrgang „Global denken, global handeln!“

*Während wir in Europa infolge von Produktionsverlagerungen von billigen Produkten profitieren, werden Menschen und Natur in den so genannten Entwicklungsländern hemmungslos ausgebeutet. Ein Ziel des Lehrgangs ist es, globale Zusammenhänge erkennen, verstehen und hinterfragen zu können. Auf dieser Basis werden die TeilnehmerInnen konkrete gewerkschaftliche Handlungsmöglichkeiten auf globaler Ebene entwickeln.*

*Der in Strobl am Wolfgangsee stattfindende Lehrgang besteht aus sieben zweitägigen Modulen. Die Anmeldung ist bis 31. Mai 2013 über die Website [www.voegb.at](http://www.voegb.at) möglich. Da nur 15 Plätze zur Verfügung stehen, wird ein Auswahlverfahren durchgeführt.*



Anstelle von Pauschalurteilen über Jugendliche empfehlen ExpertInnen eine differenzierte Herangehensweise an die Thematik, zumal es „die Jugend“ so nicht gibt. Foto: hs

viele Jugendliche bereits mit 14 Jahren. Rund 15 Prozent der unter 15-Jährigen konsumieren wöchentlich oder öfters Alkohol – ein Verhalten, das mit zunehmendem Alter noch ausgeprägter werde.

### **Jugendsexualität ist weiterhin Beziehungsexualität**

Der Trend zur Vorverlegung des ersten Geschlechtsverkehrs hat etwas abgenommen. Die meisten Jugendlichen (80%) erleben ihn heute zwischen dem 15. und dem 19. Lebensjahr. Obgleich sich die Mehrheit als in sexuellen Belangen aufgeklärt bezeichnet, würden im Rahmen von Umfragen immer noch Defizite deutlich. So gaben etwa 12 Prozent der Befragten an, beim ersten Mal nicht oder nur unsicher verhütet zu haben. Die Zahl der Teenager-Schwangerschaften ist dennoch weiterhin rückläufig. Obgleich die Vorverlagerung der sexuellen Erfahrungen zum Stillstand gekommen ist, würden romantische Gefühle zunehmend früher von Bedeutung, heißt es im Bericht: Der Zeitpunkt der ersten Verliebtheit rücke weiter nach vorne. Der Befund, wonach Jugendsexualität vorwiegend Beziehungsexualität ist, sei weiterhin zutreffend.

### **Jugendarbeit unterstützt Persönlichkeitsentwicklung**

Die Jugendarbeit steht vor der Aufgabe, Jugendliche als Menschen wahrzunehmen, die in ihrer eigenen

Persönlichkeitsentwicklung begleitet und unterstützt werden sollen. Die Anforderungen, die an sie gestellt werden, umfassen daher die Orientierung an ihren Bedürfnissen sowie die Möglichkeit, Freiräume zu gestalten. Das Abstellen auf die Lebenswelt der Jugendlichen ist dabei ebenso von Bedeutung wie ein offenes und niederschwelliges Angebot. Wesentlich ist darüber hinaus auch die Partizipation der Betroffenen im Rahmen diesbezüglicher Maßnahmen. Der Anteil, den die öffentliche Hand für die Finanzierung der Jugendarbeit stellt, liegt mit 43 Prozent im europäischen Vergleich relativ hoch. Freiwilligen- und hauptberufliche Erwerbs-

arbeit durch Fachkräfte spielen in diesem Tätigkeitsbereich eine zentrale Rolle.

### **Der Bericht aus ExpertInnensicht**

Der aktuelle Bericht zur Lage der Jugend in Österreich, der sich aus verschiedenen wissenschaftlichen und praxisbezogenen Beiträgen speist, versammelt somit jugendspezifische Erkenntnisse aus verschiedensten Fächern und Disziplinen. In einem Hearing des Familienausschusses des Nationalrats bezeichneten alle geladenen ExpertInnen die dadurch zustande gekommene Heterogenität der Betrachtungsweisen als grundsätzlich begrüßenswert. Kritik übten einige von ihnen aber an der Tatsache, dass die Zusammenfassung des Berichts widersprüchliche Ergebnisse in unzureichendem Maße kommentiere und Argumentationslinien verkürzt wiedergebe.

Familienminister Reinhold Mitterlehner skizzierte zu Beginn des Hearings die Entstehungsgeschichte des Jugendberichts, die bis ins Jahr 2008 zurückreicht. Der Bericht sei erstmals unter Führung einer unabhängigen Sachverständigenkommission entstanden, die für die Auswahl der AutorInnen, die Qualitätsüberprüfung der Beiträge sowie die Erstellung der abschließenden Empfehlungen verantwortlich zeichne. Der Bericht mache dabei überaus deutlich, dass Jugendthemen immer Querschnittsmaterien seien, zu

deren Behandlung mehr als nur ein Ministerium be-  
rufen sein müsse. Es gelte allerdings, die Koordination  
der diesbezüglichen Bemühungen zu verstärken, so  
Mitterlehner.

### Ressourcenorientierung als wesentlicher Aspekt des Berichts

Eva Dreher von der Universität München, Sabine Lie-  
bentritt vom Netzwerk Offene Jugendarbeit und Ste-  
phan Sting von der Universität Klagenfurt erläuterten  
als Mitglieder der unabhängigen Sachverständigen-  
kommission die wesentlichen Aspekte bei der Erstel-  
lung des Berichts.

Wenn es um Jugendliche geht, dürften nicht immer  
nur Defizite thematisiert werden, zeigte sich Eva Dre-  
her überzeugt: Es müssten auch die Ressourcen junger  
Menschen entsprechend gewürdigt und Aufbaupoten-  
tiale in den Fokus genommen werden. Dreher verwies  
unter anderem auf die im Bericht enthaltenen For-  
schungsergebnisse der Entwicklungspsychologie, von  
denen die Praxis – und hier vor allem die Jugendpoli-  
tik – profitieren könne. Die Forscherin plädierte für  
die Etablierung einer modernen Jugendforschung in  
Österreich mit entsprechender Vernetzung mit Institu-  
tionen der Jugendarbeit und ausreichender finanzieller  
Ausstattung.

Sabine Liebertritt unterstrich den praktischen Be-  
zug des vorliegenden Berichts, der den „Blick von  
außen“ mit dem „Blick nach innen“ verbinde. Ihr sei  
es wichtig gewesen herauszustellen, dass es „die Ju-  
gend“ nicht gibt: Es gelte deshalb, differenziert an die  
Themenstellung heranzugehen und die Sicht der Er-  
wachsenen mit jener der Jugendlichen abzugleichen.  
Dass man der Jugendarbeit im Bericht breiten Raum  
widme, hielt Liebertritt für besonders begrüßenswert:  
Sie sei schließlich eine wesentliche „Partnerin“ der  
Jugendpolitik und ermögliche den Brückenschlag von  
der „Welt der jungen Menschen“ in die „Welt der Er-  
wachsenen“.

Stephan Sting nutzte seine Wortmeldung, um Kri-  
tik an Pauschalurteilen, die über Jugendliche gefällt  
würden, zu üben. Wie der vorliegende Bericht darlege,  
gebe es schließlich keinen Grund zur „Dramatisie-  
rung“: Vor allem die aus den Abschnitten über Sucht  
und Gewaltbereitschaft zu beziehenden Erkenntnis-  
se zeigten, dass Jugendliche vorschnell stigmatisiert  
würden. Sting wünschte sich deshalb eine differen-  
ziertere Berichterstattung über Jugendthemen und  
eine eingehendere Betrachtung ihres Problemverhal-  
tens: Sehe man genau hin, so zeige sich schließlich,  
dass die Ursachen für Defizite und Konflikte häufig

im Umfeld der Jugendlichen zu finden seien. Sting  
verwehrt sich deshalb gegen eine vorschnelle Krimi-  
nalisierung typischer jugendlicher Verhaltensweisen.

### Daten und Fakten allein beschreiben die Lage der Jugend nicht

Bernhard Heinzlmaier vom Institut für Jugendkultur-  
forschung bezeichnete den vorliegenden Bericht an-  
gesichts der Perspektivenvielfalt seiner Beiträge als  
grundsätzlich positiv. Heinzlmaier kritisierte jedoch  
die Übergewichtung des entwicklungspsychologischen  
Ansatzes bei zeitgleicher Unterrepräsentation gesell-  
schaftskritischer Denkmodelle.

Sein Kollege Philipp Ikrath attestierte dem Bericht,  
ein im Großen und Ganzen differenziertes Bild der Ju-  
gend zu zeichnen. Lob sprach der Experte auch für die  
Themensetzung, die die Interessen der Jugend relativ  
stark repräsentiere, und die Aufnahme eines eigenen  
Beitrags zum Thema bildungsferne Jugendliche aus.  
Was die Erstellung des nächsten Berichts anbelangt,  
regte Ikrath an, qualitative Ansätze stärker zu berück-  
sichtigen und damit den Perspektiven der Jugend grö-  
ßeres Gewicht beizumessen.

Anton Schmid von der Kinder- und Jugendanwaltschaft  
Wien merkte an, dass der vorliegende Bericht  
zwar ein guter statistischer Beitrag sei, sich die Lage  
der Jugend in Österreich aber nicht mit Zahlen, Daten  
und Fakten umschreiben lasse. Gehe man lediglich  
von dieser Basis aus, erhalte man nur ein sehr ober-  
flächliches Bild. Kritik übte Schmid außerdem daran,  
dass es dem Bericht an Verknüpfungen und konkreten  
Empfehlungen für die Politik mangle und manches  
Berichtete unzutreffend sei: So entspricht etwa die  
zunehmende Gewaltbereitschaft, die man Jugendli-  
chen im Bericht attestiert, seines Erachtens nicht der  
Realität.

Christina Unterberger von der Bundesjugendvertre-  
tung zeigte sich erfreut darüber, dass der vorliegende  
Bericht Beiträge aus Wissenschaft und Praxis vereint.  
Für sie steht außer Frage, dass das Ziel einer wis-  
sensbasierten Jugendpolitik nur mit entsprechender  
Grundlagenforschung erreicht werden könne, an der  
es allerdings noch mangle. Wesentlich sei außerdem  
die Partizipation der Jugendlichen. Die Empfehlung  
der Einrichtung eines eigenen Jugendministeriums  
hielt sie angesichts dieser Herausforderungen für be-  
rechtigt.

*Quellen: Parlamentskorrespondenz Nr. 626,  
20.06.2011, und Nr. 637, 21.06.2011*

## Marienthal-Symposium diskutiert Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit in Europa

Mitte Februar fand im niederösterreichischen Gramatneusiedl das diesjährige Marienthal-Symposium statt. Die Studie „Die Arbeitslosen von Marienthal“ ist nicht nur historisch und politisch, sondern auch wissenschaftlich relevant, weil gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Arbeitslosigkeit und die Maßnahmen, dieser entgegenzuwirken, ein immens wichtiges Thema sind. An beiden Tagen waren rund 200 Interessierte gekommen, um mit den ExpertInnen zu diskutieren und politische Maßnahmen zu erörtern.

Am ersten Abend wurde über das Thema „Über des Menschen hohe Braut - zeitloses Problem Arbeitslosigkeit“ diskutiert. Auf dem Podium befanden sich der niederösterreichische Landeshauptmannstellvertreter Sepp Leitner, der Initiator des Museums Marienthal-Gramatneusiedl, Reinhard Müller, ÖGB-Vizepräsidentin Sabine Oberhauser und Nationalratspräsidentin Barbara Prammer. Die Moderation übernahm Günter Kaindlstorfer, Journalist und Schriftsteller sowie Regisseur des Dokumentarfilms „Die Arbeitslosen von Marienthal“.

### „Marshallplan für Südeuropa“

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer schlug einen „Marshallplan“ für Südeuropa vor und wies darauf hin, dass gemeinsame Strategien auf europäischer Ebene wichtig sind, der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken - auch die Entwicklung im wirtschaftlichen Bereich sei ein wichtiger Faktor, um Arbeitsplätze zu erhalten bzw. zu schaffen. „Österreich kann sich den Luxus des Exotismus nicht leisten, nur gemeinsam können wir in Europa etwas erreichen. Denn Arbeit ist wichtig für die Menschen - sie erfüllt unser Leben, wir können uns entwickeln und einbringen“, so Prammer. „Die Studie ‚Die Arbeitslosen von Marienthal‘ stellt die Menschen in den Mittelpunkt, bindet sie ein und versucht Perspektiven zu geben - das macht sie so besonders. Die Studie ist ganz anders als eine Statistik, die Menschen zu Zahlen macht“, nahm Frauenmi-

nisterin Gabriele Heinisch-Hosekauf den Ausgangspunkt des Symposiums Bezug. Die Studie zeige die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Langzeitarbeitslosigkeit gleichberechtigt auf Männer und Frauen auf. Weiters zeige die Studie für die heutige Zeit, wie wichtig es ist, dass in Krisenzeiten auf einen starken Staat zurückgegriffen werden kann: beispielsweise bei der Arbeitsmarkt-, der Sozial- und Gesundheitspolitik. Auch wenn Österreich bei den Arbeitslosenzahlen im internationalen Vergleich gut abschneide, sei die Situation alarmierend: „Die EU hat neun Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, auf die EU-Staaten zurückgreifen können, um der Jugendarbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Denn die Menschen müssen gleichberechtigte Chancen vorfinden.“

Heinisch-Hosek wies darauf hin, dass auch im 21. Jahrhundert gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit nicht selbstverständlich sei und Gleichberechtigung so gelebt werden müsse, dass alle etwas davon haben: Frauen, Männer und Kinder: „Die Menschen wollen einen Job, der es ermöglicht, dass ihre Familien gut versorgt sind, dass ihre Kinder keine Bildungsnachteile haben und sie eine gute Gesundheitsversorgung in Anspruch nehmen können.“

### Zeitbombe Jugendarbeitslosigkeit

„Die Jugendarbeitslosigkeit in Europa ist eine Zeitbombe - hier muss noch viel mehr getan werden, sonst werden die Sozialsysteme kollabieren“, erklärte Landeshauptmannstellvertreter Sepp Leitner. Mittel dagegen sind einerseits die Finanztransaktionssteuer und eine „Umleitung von unproduktivem Kapital zu den Jugendlichen“, zwei Drittel der EU-27 haben eine Jugendarbeitslosigkeit über 25 Prozent: „Eine höhere Steuer auf große Vermögen ist notwendig - das ist ein wichtiger Auftrag in Europa.“ Leitner wies auf die Notwendigkeit gezielter Arbeitsmarktpolitik hin und forderte, dass die Ausbildungs- und Beschäftigungsgarantie bis 24 Jahre ausgeweitet werden müsse: „In diesem Zusammenhang leisten die überbetrieblichen Lehrwerkstätten einen wichtigen Beitrag.“

Aber auch bei der älteren Generation sei eine intensive Arbeitsmarktintegration notwendig, denn durch die Verschärfung der Pensionsantrittsregelungen werde die Dauer der Langzeitarbeitslosigkeit bei älteren Menschen stark angehoben. Ein Skandal ist für Leitner auch, dass viele behinderte Menschen, die bestens ausgebildet sind, auf dem Arbeitsmarkt noch immer zu wenig integriert sind. Leitner: „Das zu ändern ist eine Kernaufgabe in unserer Gesellschaft.“

Der Soziologe und Wissenschaftshistoriker Reinhard Müller legte dar, wie so hohe Arbeitslosenzahlen, wie es sie in Griechenland, Spanien oder Irland gibt, eine Gesellschaft verändern: „Es zeigen sich katastrophale Auswirkungen auf ein soziales und wirtschaftliches System - die Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit sind nur Milderungsmöglichkeiten. Eine Gesellschaft darf sich nicht treiben lassen von Schlagworten wie Konkurrenzfähigkeit oder Fokussierung. Wir leiden unter einem monokulturellen Wirtschaftssystem, das wir in Frage stellen sollten. Wir müssen den Mut haben, Neues zu denken, um die Herausforderungen zu meistern.“

**Sozialstaat ist keine Selbstverständlichkeit**  
„Griechenland kann überall sein“, erklärte ÖGB-Vizepräsidentin und Nationalratsabgeordnete Sabine Oberhauser: „Deshalb müssen die Gewerkschaften über den Tellerrand sehen.“ Der Sozialstaat sei ein Wert, für den es sich lohnt, zu kämpfen, so Oberhau-

## Jugendarbeitslosigkeit in Nordafrika

Die Jugendarbeitslosigkeit in Nordafrika ist ein vielschichtiges Problem, das sich einfachen Lösungen entzieht. Die politische und gesellschaftliche Transformation der betroffenen Länder könne nur gelingen, wenn die jungen Menschen begründete Hoffnung auf eine ökonomische Perspektive haben. Sollten nicht mehr von ihnen Arbeit bekommen, drohen innenpolitische Spannungen und möglicherweise sogar ein Scheitern der Transformation, befürchten ForscherInnen der deutschen Stiftung Wissenschaft und Politik.

In Nordafrika sind schlechte berufliche Perspektiven für Jugendliche kein neues Phänomen. Seit zwanzig Jahren ist die Jugendarbeitslosigkeit in Ägypten, Algerien, Libyen, Marokko, Sudan und Tunesien extrem hoch. Schon 1990 waren über 25 Prozent der Jugendlichen (15- bis 24-Jährige) in Nordafrika arbeitslos. Im Zuge der politischen Umbrüche und der

ser, denn er sei keine Selbstverständlichkeit, wie sich in Europa gegenwärtig zeige.

Der zweite Tag der Veranstaltung stand gleichfalls im Zeichen des Themas Arbeitslosigkeit und der Herausforderungen am Arbeitsmarkt, wiederum wurde die hohe Betroffenheit von Frauen angesprochen. Sozialminister Rudolf Hundstorfer wies unter anderem darauf hin, dass vor allem Menschen ohne Ausbildung keine Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt vorfinden. Weitere ReferentInnen waren Klaudia Friebe von der Gewerkschaft Pro-Ge, Europaparlamentarier und Volkshilfepräsident Josef Weidenholzer, der Grazer Soziologe Christian Fleck und Eybl-Betriebsrat Thomas Schwab. Der Initiator der Veranstaltung, Sepp Leitner, zog ein positives Resümee über das Symposium und kündigte an, dass Folgeveranstaltungen bereits geplant seien.

*Quelle: OTS-Presseaussendung, 16.02.2013*

Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage ist die Jugendarbeitslosigkeit nochmals gestiegen, von 2010 auf 2011 allein um fünf Prozentpunkte. 2011 betrug sie fast 28 Prozent – im Vergleich dazu lag der weltweite Durchschnitt bei 12,6 Prozent. Von den jungen Frauen in Nordafrika waren 2011 sogar mehr als 40 Prozent arbeitslos.

Steffen Angenendt und Silvia Popp von der Forschungsgruppe Globale Fragen der in Berlin ansässigen Stiftung Wissenschaft und Politik halten eine Arbeitslosenquote von Jugendlichen, die doppelt so hoch ist wie die von Erwachsenen, aus arbeitsmarktpolitischer Sicht gerade noch als unproblematisch, da in dieser Lebensphase der Übergang von der Ausbildung in das Berufsleben stattfindet. In Nordafrika ist die Differenz allerdings deutlich höher, denn 2011 waren insgesamt nur sieben Prozent der Erwachsenen arbeitslos. Arbeitslosigkeit in Nordafrika ist demnach vorwiegend ein Problem von Jugendlichen und (jungen) Frauen. Aktuelle Prognosen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) lassen keine kurzfristige Besserung erwarten. Ob aus der hohen Jugendarbeitslosigkeit eine ebenso hohe Arbeitslosigkeit der Erwachsenen wird, lässt sich Angenendt und Popp zufolge kaum vorhersagen.

Während die Jugendarbeitslosigkeit seit zwei Jahrzehnten nahezu unverändert hoch ist, hat sich die Struktur der Arbeitslosigkeit insofern gewandelt, als

der Anteil formal besser qualifizierter Arbeitsloser in allen nordafrikanischen Ländern stark zugenommen hat. Von Arbeitslosigkeit betroffen sind mittlerweile nicht mehr nur Personen ohne Schulbildung, sondern auch solche mit mittlerem und hohem Bildungsabschluss.

Angenendt und Popp zeigen dies in ihrem Beitrag für die Zeitschrift SWP-Aktuell am Beispiel Tunesiens. Dort haben sich nach Angaben der ILO von 1989 bis 2005 die Beschäftigungschancen von gering Qualifizierten verbessert, während sie für höher Qualifizierte schlechter geworden sind. So reduzierte sich der Anteil von Arbeitslosen ohne Schulabschluss an allen Arbeitslosen von gut 22 auf 7 Prozent und jener von Menschen mit Grundschulbildung von 51 auf 41 Prozent. Hingegen ist der Anteil von Arbeitslosen mit sekundärer Bildung von 26 auf 38 Prozent und derjenige der AkademikerInnen noch stärker von 1 auf 14 Prozent gestiegen. Nach Angaben der tunesischen Regierung hat sich die Arbeitslosenquote bei Personen mit höherem Bildungsabschluss zwischen 2007 und 2012 von 20 auf 34 Prozent weiter erhöht.

In den anderen nordafrikanischen Ländern sind laut Angenendt und Popp ähnliche Trends zu beobachten. Sie weisen allerdings darauf hin, dass Höhergebildete in manchen Ländern nur einen kleinen Teil der Bevölkerung stellen. So lag etwa in Marokko die Arbeitslosenquote unter AkademikerInnen im Jahr 2011 offiziellen Angaben zufolge bei 18 Prozent. Aber diese arbeitslosen AkademikerInnen machten nur 18 Prozent der gesamten Arbeitslosen aus, von denen mehr als die Hälfte bestenfalls über einen mittleren Bildungsabschluss verfügten. In Ägypten hingegen wiesen AkademikerInnen im Jahr 2010 mit nahezu 19 Prozent nicht nur die höchste Arbeitslosenquote aller Bildungsgruppen auf, ihr Anteil an der Gesamtsumme der Arbeitslosen betrug zudem 40 Prozent. Dabei waren akademisch gebildete Frauen besonders betroffen.

### Entwicklung der Jugendbeschäftigung

Da die offizielle Arbeitslosenquote weder Unterbeschäftigte noch nicht gemeldete Arbeitslose noch Per-

sonen erfasst, die sich vollständig vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben, haben die Berliner ForscherInnen als zusätzlichen Indikator für eine realistische Beurteilung der Situation die Jugendbeschäftigungsquote herangezogen, definiert als den Anteil jener Angehörigen der Arbeitsbevölkerung zwischen 15 und 24 Jahren, die einer Beschäftigung nachgehen. Dieser Indikator vermittelt ihres Erachtens einen guten Eindruck von der Fähigkeit einer Volkswirtschaft, Arbeitsplätze zu schaffen, da in ihn die Arbeitsplatznachfrage, die demographische Struktur, das Bildungsniveau sowie die wirtschaftliche Entwicklung einfließen.

In Nordafrika ist die durchschnittliche Jugendbeschäftigungsquote – korrespondierend zur hohen Arbeitslosenquote – seit langem sehr niedrig. 1991 betrug sie lediglich 27,3 Prozent und sank bis 2011 auf 24,1 Prozent. Im Vergleich dazu lag der weltweite Durchschnitt 2011 bei 42,6 Prozent. Dabei ist es den meisten nordafrikanischen Staaten in den vergangenen Jahrzehnten gelungen, das Bildungsniveau der Bevölkerung deutlich zu heben – mit Ausnahme von Marokko und dem Sudan, wo der Anteil der über 15-Jährigen, die keine Schulbildung genossen haben, immer noch 40 bzw. 50 Prozent beträgt. Insofern zeigen die niedrigen Beschäftigungsquoten, dass eine Anhebung des formalen Bildungsniveaus allein noch keine hinreichende Beschäftigung schafft.

Insgesamt weisen die aufgezeigten Trends, so Angenendt und Popp, auf gravierende strukturelle Arbeitsmarktdefizite hin. Sie machen außerdem deutlich, wie sehr die Jugendlichen von Staat und Familie abhängig sind. Ihre Lage ist schwierig: Kindheit und Ausbildung sind zwar abgeschlossen, doch das Fehlen einer beruflichen Perspektive verhindert die gesellschaftliche Integration, da ohne eigenes Einkommen weder ein selbständiger Haushalt noch eine Familie gegründet werden können. Die Jugendlichen befänden sich in einem Wartestadium, in dem die Hoffnung auf ökonomische und gesellschaftliche Teilhabe allmählich schwindet, umreißen die ForscherInnen die Problematik.

**Tabelle 1: Jugendarbeitslosigkeit in Nordafrika**

Land	Ägypten	Algerien	Marokko	Sudan	Tunesien
Allg. Arbeitslosenquote	9,0	10,0	9,1	16,8	18,1
Jugendarbeitslosenquote	24,8	21,0	17,6	24,3	35,6

Die Daten zur Jugendarbeitslosigkeit beziehen sich auf unterschiedliche Jahre und Referenzwerte: Ägypten 2010, 15-24 Jahre; Algerien 2010, 20-24 Jahre; Marokko 2010, 15-24 Jahre; Sudan 2008, 20-24 Jahre; Tunesien 2012, 15-29 Jahre. Aus Libyen liegen keine Angaben vor. Quelle: SWP-Aktuell 34, Juni 2012

**Tabelle 2: Jugendbeschäftigung in Nordafrika 2011**

Land	Ägypten	Algerien	Libyen	Marokko	Sudan	Tunesien
Jugendbeschäftigungsquote Männer	35,8	36,5	35,7	43,2	35,5	28,8
Jugendbeschäftigungsquote Frauen	7,6	5,6	12,5	15,7	18,5	15,1

Quellen: ILO, SWP-Aktuell 34

### Ursachen der Jugendarbeitslosigkeit

Die Jugendarbeitslosigkeit in Nordafrika führen Angenendt und Popp auf mehrere Faktoren zurück. An erster Stelle nennen sie die Bevölkerungsentwicklung bzw. das „demografische Moment“, denn die Arbeitsmärkte in Nordafrika sind nach wie vor einem Zuwachs an Jugendlichen ausgesetzt. Die durchschnittliche Kinderzahl hat zwar abgenommen, war aber in den beiden vergangenen Jahrzehnten immer noch so hoch, dass gegenwärtig weiterhin starke Jahrgänge von Jugendlichen auf den Arbeitsmarkt drängen.

In den meisten nordafrikanischen Ländern nähert sich die durchschnittliche Kinderzahl allmählich dem Wert von 2,1 Kindern pro Frau an, allerdings gibt es diesbezüglich teils gravierende Unterschiede zwischen den Ländern: So ist in Tunesien der demographische Wandel weit vorangeschritten, seitdem in den 1950er Jahren die staatliche Familienplanung eingeführt wurde. Das Land hatte ebenso wie Libyen schon 2005 den Höchststand an Jugendlichen erreicht. Anders im Sudan: Dort wird der Anteil junger Menschen aufgrund der immer noch hohen Geburtenrate von mehr als vier Kindern pro Frau bis zum Jahr 2020 weiter kräftig steigen. Insgesamt dürfte sich jedoch die Problematik, die mit den starken Jahrgängen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen verbunden ist, langfristig abschwächen. Nach UN-Prognosen wird die Zahl der 15- bis 24-Jährigen in Nordafrika von derzeit 41 Millionen bis 2035 auf 47 Millionen ansteigen und danach allmählich sinken. Kurz- und mittelfristig werden die Arbeitsmärkte daher noch größere Zahlen von Neuzugängen verkraften müssen und das Heer der arbeitslosen Jugendlichen wird voraussichtlich weiter anschwellen.

Ein entscheidendes Hindernis für mehr Beschäftigung sehen Angenendt und Popp in der mangelnden Qualität der Berufs- wie auch der Hochschulausbildung. Viele formal Qualifizierte könnten nicht eingestellt werden, weil ihre tatsächliche Qualifikation für den Bedarf der Unternehmen nicht ausreicht. Ein „skills mismatch“ wird insbesondere für Ägypten konstatiert,

wo Unternehmensangaben zufolge nur 29 Prozent der neu eingestellten UniversitätsabgängerInnen über angemessene Qualifikationen verfügen würden, bei den AbsolventInnen von Berufsschulen seien es sogar nur 16 Prozent.

Zum dritten beruhe die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Nordafrika auf einer zu schwachen Arbeitskräftenachfrage, zumal das bisherige Wirtschaftswachstum nicht den benötigten Zuwachs an Beschäftigung generiert hat. Die verschiedenen Regionen in den einzelnen Ländern entwickelten sich ungleich, im Schnitt ist ein knappes Drittel der Beschäftigten immer noch in der Landwirtschaft tätig. Der geringe Industrialisierungsgrad und die unzureichende Diversifizierung der nordafrikanischen Volkswirtschaften haben neue Arbeitsplätze vor allem im niedrig entlohnten Dienstleistungssektor entstehen lassen, häufig handelt es sich dabei um sozialversicherungsrechtlich nicht abgedeckte Arbeitsverhältnisse in der informellen Ökonomie. Nach Angaben der OECD beträgt der Anteil dieser Beschäftigungsverhältnisse im nichtlandwirtschaftlichen Sektor an der gesamten Beschäftigung in Ägypten und Algerien über 40 Prozent und in Marokko sogar an die 70 Prozent.

Schließlich hätten Korruption und Bereicherungsstreben der Eliten in allen Ländern die wirtschaftliche Entwicklung behindert. Im Korruptionsindex von Transparency International belegte der Sudan 2011 Rang 177 von 182 Staaten und Libyen Rang 168. Bei den jüngsten politischen Unruhen in Nordafrika war die Bekämpfung von Korruption eine wesentliche Forderung der Demonstranten.

### Folgen der Jugendarbeitslosigkeit

Abgesehen von den fatalen persönlichen Konsequenzen hat die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Nordafrika auch nachteilige politische und ökonomische Effekte. Die beiden Berliner ForscherInnen weisen darauf hin, dass arbeitslose und unterbeschäftigte junge Menschen ein Potential ungenutzter Arbeitskraft bilden, das für diese Länder einen erheblichen volkswirtschaftlichen Verlust darstelle. Besonders gravierend

seien diese Verluste im Fall einer längerfristigen Arbeitslosigkeit höher qualifizierter junger Menschen. In Marokko beispielsweise dauert der Übergang von Ausbildung oder Studium in das Berufsleben durchschnittlich länger als drei Jahre. Dabei besteht die Gefahr, dass erworbene theoretische und praktische Kenntnisse wieder verlorengehen.

Große Herausforderungen birgt angesichts der unzureichenden Alterssicherungssysteme auch die in den nordafrikanischen Staaten feststellbare Alterung der Bevölkerung. Die künftige Wirtschaftsentwicklung der Region und die Fähigkeit zur Versorgung der Älteren werde maßgeblich davon bestimmt, ob es den Ländern gelingt, die jetzt noch bestehende „demographische Dividende“ zu nutzen, d.h. Kapital aus dem vergleichsweise großen Anteil Jugendlicher und junger Erwachsener zu schlagen. Wie auch anderswo wird hier die wachsende Zahl Älterer künftig von einer schrumpfenden Zahl an Jüngeren versorgt werden müssen. Falls sich die wirtschaftlichen Bedingungen nicht ändern, werden viele der jetzt arbeitslosen jungen Erwachsenen auch in Zukunft keine angemessene Arbeit finden, weshalb voraussichtlich eine erheblich geringere Zahl an Jüngeren künftig die aus Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung der Älteren erwachsende Bürde tragen muss.

Die ForscherInnen warnen aber auch vor kurzfristigen Gefahren, die aus der hohen Jugendarbeitslosigkeit resultieren. Denn Arbeitslosigkeit und zunehmende Einkommensungleichheit sind nicht nur in Nordafrika ein klassischer Nährboden für soziale Proteste, dies werde durch neuere Untersuchungen zu den Ursachen sozialer Konflikte, etwa dem „Social Unrest Index“ der ILO, bestätigt. Jugendliche, die erkennen, dass sie auch längerfristig keine angemessene Beschäftigung finden und keine Perspektive haben, neigen dazu, ihrem Unmut auf der Straße Ausdruck zu verleihen; oder sie versuchen, der Perspektivlosigkeit durch Auswanderung zu entinnen – selbst wenn es dafür keine legalen Möglichkeiten gibt.

Wie eng die Wechselwirkungen zwischen politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen sind, hätten die Unruhen von 2011 gezeigt. Sie waren einerseits Folge wachsender Einkommensdisparitäten und hoher Jugendarbeitslosigkeit, denn vom früheren Wirtschaftswachstum hatten nur wenige profitiert, die Mehrheit war mit stagnierenden Reallöhnen und Preissteigerungen konfrontiert. Andererseits hätten die Unruhen die Jugendarbeitslosigkeit steigen lassen, da der Rückgang der Tourismuseinnahmen, Verluste durch Zerstörung von Produktionsstätten (vor allem

in Libyen), Kapitalflucht und Streiks die wirtschaftliche Lage in den nordafrikanischen Ländern laut Angehendt und Popp weiter verschärft haben.

### Empfehlungen für die Entwicklungszusammenarbeit

Da die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Nordafrika vor allem strukturelle Ursachen habe, muss sie nach Ansicht der beiden ForscherInnen mit langfristigen Strukturmaßnahmen bekämpft werden. Kurzfristig könnten diese Maßnahmen die aktuelle Jugendarbeitslosigkeit allerdings nicht lindern. Dazu würden zusätzliche kurzfristige Hilfen benötigt.

Bei allen Maßnahmen müsse ihres Erachtens zum einen der insgesamt zu schwachen Arbeitskräftenachfrage in den nordafrikanischen Ländern und zum anderen der unzureichenden berufsbezogenen Qualifizierung der jungen AkademikerInnen und Auszubildenden Beachtung geschenkt werden. EU-Staaten wie Deutschland könnten zur Überwindung beider Defizite Beiträge leisten.

So stehen in der Bundesrepublik für Transformationspartnerschaften mit den Umbruchstaaten im Zeitraum 2012 bis 2013 insgesamt 100 Millionen Euro zur Verfügung. Damit sollen neben demokratischen Strukturen auch Investitionen, Berufsbildung und Beschäftigung gefördert werden. So genannte „Transformationsdialoge“ wurden zunächst mit Tunesien und Ägypten eingerichtet. Diese bilden den Rahmen für die bilateralen Verhandlungen über Umfang und Art der Unterstützung und sollen sicherstellen, dass die Prioritäten und Wünsche der Partnerländer angemessen berücksichtigt werden.

Die EU hat in ähnlicher Weise im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik den nordafrikanischen Staaten im März 2011 eine so genannte „Partnership für Democracy and Shared Prosperity“ angeboten und mit Marokko, Tunesien und Algerien erste Aktionspläne vereinbart. Eine vorläufige Bilanz der Europäischen Kommission vom Mai 2012 gibt zwar einen Eindruck davon, wie umfangreich und vielfältig die europäischen Hilfsmittel sind, lässt jedoch auch erkennen, dass der Schwerpunkt der EU-Hilfen auf der Stärkung von Finanzinstitutionen und der Verbesserung der Kreditvergabe liegt und nicht etwa auf einer kurzfristigen Beschäftigungsförderung.

Auch bei den bilateralen Hilfen für die Umbruchstaaten sollte den Berliner ForscherInnen zufolge der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Entwicklung, Bildung und Beschäftigung stärker in den Blick genommen werden. Sie plädieren grundsätzlich dafür,

die Umfeldbedingungen für kleine und mittelständische Unternehmen zu verbessern, um die Nachfrage nach Arbeitskräften zu stimulieren.

Strukturelle Verbesserungen lassen sich ihres Erachtens allerdings nur dann erreichen, wenn sich die betroffenen Länder selbst um Reformen bemühen, insbesondere um die Bekämpfung der Korruption. Zu den Möglichkeiten, diese dabei mit entwicklungspolitischen Instrumenten zu unterstützen, gehören Hilfen zur Demokratisierung, z.B. die Unterstützung demokratischer Wahlen und die Förderung der Zivilgesellschaft, sowie Hilfestellungen beim Verwaltungsaufbau und bei der Reform des Bildungswesens. Genannt werden weiters Strukturhilfen, z.B. Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität in der Landwirtschaft und Vorkehrungen, die den Zugang zu anderen Märkten erleichtern.

Ein Schwerpunkt der strukturfördernden Maßnahmen sollte laut Angenendt und Popp auf Hilfen zum Ausbau der Arbeitsverwaltungen liegen. Die mangelnde Transparenz der Arbeitsmärkte erschwere die Vermittlung von Stellen an geeignete junge Arbeitskräfte. Unzureichende Kontakte zwischen ArbeitgeberInnen und potentiellen ArbeitnehmerInnen seien eine Quelle für Fehlinformationen und Ursache für Fehlanreize bei der Wahl von Ausbildungs- und Studiengängen.

Bei den kurzfristigen Maßnahmen, die zur Erhöhung der Beschäftigungsquote und zur Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit notwendig sind, müsse zwischen unterschiedlichen Qualifikationsniveaus differenziert werden. Für weniger Qualifizierte sollten arbeitsintensive Beschäftigungsprogramme unterstützt werden, die sich explizit an Jugendliche als Zielgruppe richten und an Weiterqualifizierungsmaßnahmen geknüpft sind. Im Rahmend derartiger Programme könnten beispielsweise öffentliche Projekte zum Bau und zur Sanierung öffentlicher Gebäude, von Straßen sowie von Ver- und Entsorgungsstrukturen gefördert werden.

Für höher Qualifizierte gibt es bereits viel versprechende Ansätze, die Angenendt und Popp zufolge noch ausgeweitet werden könnten. So werden tunesische Unternehmen bereits bei der Entwicklung von Traineeprogrammen für AkademikerInnen, bei der Suche nach Marktnischen und bei der Personalentwicklung unterstützt. In Ägypten werden derzeit Programme zur Ausbildung für „green jobs“ gefördert und Frauen zur Selbstständigkeit ermutigt. Außerdem werde versucht, das Ansehen von Berufen mit geringer Reputation, aber guten Beschäftigungsaussichten zu heben. Auch in der beruflichen Aus- und Weiter-

bildung sollten bestehende Programme ausgeweitet werden, etwa der Aufbau von Ausbildungszentren im Handwerk und im Bauwesen oder die Weiterbildung im Tourismussektor.

Im Rahmen von Migrationsprogrammen könnte schließlich nordafrikanischen Fachkräften und AkademikerInnen die Möglichkeit geboten werden, in Ländern der Europäischen Union zu arbeiten. Dies würde die Arbeitsmarktlage in den Partnerländern unmittelbar entspannen und den MigrantInnen die Chance eröffnen, Einkommen zu erzielen und ihre Qualifikationen ebenso zu verbessern wie ihre Beschäftigungsaussichten auf dem heimischen Arbeitsmarkt im Falle einer späteren Rückkehr.

Da sich derartige positive Effekte von Migration nicht automatisch einstellen, sollte nach Meinung der beiden ForscherInnen die Migration gestaltet, politisch gesteuert und begleitet werden, etwa im Kontext so genannter EU-Mobilitätspartnerschaften. Dabei handelt es sich um ein von der Europäischen Kommission vorgeschlagenes Rahmenprogramm, an dem sich einzelne EU-Mitgliedstaaten bei Interesse beteiligen können, indem sie beispielsweise Pilotprojekte zur Mobilitätsförderung einbringen. In diesem Rahmen könnten zum einen Projekte zur Förderung junger AkademikerInnen konzipiert werden, die mangels Berufserfahrung keinen Zugang zum Arbeitsmarkt in ihrem Heimatland finden. Zum anderen wird vorgeschlagen, qualifizierten Fachkräften aus diesen Ländern eine temporäre Beschäftigung zu ermöglichen.

Resümierend halten Angenendt und Popp fest, dass schon jetzt eine breite Palette von Ansätzen und Maßnahmen existiert, die auf die Weiterqualifizierung Jugendlicher verschiedener Bildungsniveaus abzielen. Aktiv sind dabei sowohl die nordafrikanischen Länder selbst wie auch die EU-Staaten und entwicklungspolitischen Organisationen. Die ForscherInnen weisen allerdings darauf hin, dass selbst die beste Qualifizierung der jungen Menschen ins Leere laufen wird, wenn die Arbeitskräftenachfrage in den nordafrikanischen Ländern nicht steigt. Da Migrationsprogramme nur in relativ geringem Umfang zur Entlastung des heimischen Arbeitsmarktes beitragen können, sollte ihres Erachtens die langfristige Schaffung von Arbeitsplätzen bei allen entwicklungspolitischen Überlegungen oberste Priorität haben.

*Quelle: Steffen Angenendt, Silvia Popp: Jugendarbeitslosigkeit in nordafrikanischen Ländern. Trends, Ursachen und Möglichkeiten für entwicklungspolitisches Handeln. SWP-Aktuell 34, Juni 2012*

## Fachausbildung als Mittel gegen Jugendarbeitslosigkeit

Interesse am österreichischen Modell der Jugendausbildung zeigten Vertreter der französischen Regierung bei einem Treffen mit Repräsentanten der heimischen Sozialpartnerschaft. Mit Vorschlägen zur Bildungsreform wollen die Sozialpartner die beruflichen Perspektiven für Jugendliche auch in Zukunft sicherstellen.

Ende November trafen ÖGB-Präsident Erich Foglar und Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl in Paris mit Vertretern der französischen Regierung zusammen, um das österreichische Modell der Jugendausbildung zu diskutieren. Im europäischen Umfeld ist die Jugendarbeitslosigkeit zunehmend hoch: Fast sechs Millionen Jugendliche in der EU sind arbeitslos, mehr als jeder Fünfte unter 25 Jahren findet keine Arbeit. An der Spitze stehen Griechenland (55,4%), Spanien (52,9%), die Slowakei (37,8%) und Portugal (36,4%). In Frankreich liegt die Jugendarbeitslosigkeit mit 23,4 Prozent leicht über dem EU-Durchschnitt. Österreich rangiert mit 9,7 Prozent nach Deutschland (8%) und den Niederlanden (9,4%) an dritter Stelle in der EU.

### Repentin: Gute Ausbildung ist Herzstück der Beschäftigungspolitik

Der für Ausbildung zuständige französische Minister Thierry Repentin begrüßte zu Beginn des Treffens die Initiative zum bilateralen Austausch zum Thema Jugendausbildung. Der Dialog mit Österreich müsse dazu führen, gemeinsam zu überlegen, wie die Situation für junge Menschen in Europa insgesamt zum Besseren verändert werden könne. „Österreich hat viele gute Maßnahmen gesetzt. Wir können uns da vieles anschauen, um die Jugendarbeitslosigkeit zu senken. Auf europäischer Ebene kann aus dem Treffen eine positive Dynamik zum Thema Jugendbeschäftigung entstehen. Wir müssen überlegen, wie wir alle europäischen Instrumentarien gegen die Jugendarbeitslosigkeit konkreter machen können.“

Gute Ausbildung sei das Herzstück der Beschäftigungspolitik, das gelte ganz besonders für junge Menschen, so Repentin. „In fast allen europäischen Ländern ist die Jugendarbeitslosigkeit unerträglich hoch, das Doppelte der Arbeitslosigkeit der Erwachse-

nen. (...) Eine Gesellschaft, die nichts dafür tut, jungen Menschen Chancen zu geben, verbaut sich die eigene Zukunft.“ Repentin ging auf mehrere Maßnahmen der französischen Regierung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ein, unter anderem neue Ausbildungen in Zukunftsbranchen, öffentlichen Institutionen (bis 2014 sollen rund 150.000 neue Arbeitsplätze für Jugendliche entstehen) oder einen so genannten Generationenvertrag, der die Themen Jugendbeschäftigung und Beschäftigung älterer Arbeitnehmer aufgreift. „Ziel unserer Maßnahmen ist, die jungen Menschen auf ihre Zukunft vorzubereiten und sie dabei zu unterstützen, eine gute Beschäftigung zu finden.“

### Leitl: Jugendarbeitslosigkeit in Europa halbieren

WKÖ-Präsident Christoph Leitl betonte, dass Europa im globalen Wettbewerb nur erfolgreich sein könne, wenn es auf Qualifikation und Begabungen seiner Menschen setzt: „Wir werden keinen Kostenwettbewerb gewinnen, aber sehr wohl einen Talentewettbewerb.“ Eine hohe Jugendarbeitslosigkeit bedeute den Verlust von Lebens- und Zukunftsperspektive für eine ganze Generation und destabilisiere die politischen und sozialen Systeme. Leitl: „Ich plädiere daher dafür, dass wir zu den bestehenden 2020-Zielen der EU ein weiteres hinzufügen: nämlich die Jugendarbeitslosigkeit in Europa bis 2020 von sechs auf drei Millionen zu halbieren.“

Grundsätzlich müssten Regionen, Institutionen wie das AMS, die Betriebe, Politik und Sozialpartner mit den Bildungseinrichtungen alles tun, um jedem Jugendlichen eine Berufsausbildung zu ermöglichen. Wichtig für die Beschäftigung sei auch die Forcierung von Wirtschaftswachstum, die Unterstützung der Klein- und Mittelbetriebe, die Weiterentwicklung der dualen Ausbildung. 40 Prozent aller Jugendlichen in Österreich machten eine Lehrausbildung, welche es ihnen ermögliche, in die betriebliche Arbeit hineinzuwachsen. Dies sei die beste Chance auf einen Job, daher hätten Länder mit einer dualen Ausbildung auch nur die Hälfte der Arbeitslosenquoten von Ländern ohne funktionierende duale Ausbildung.

Nun gelte es, Potenzialanalysen und Berufsberatungen zu verstärken, Job-coaching für Schul- und AusbildungsabbrecherInnen sowie Lebenslanges Lernen zu verstärken. Leitl: „Die Sozialpartner haben eigene Bildungseinrichtungen und bieten entsprechende Dienstleistungen an. Und „getragen vom gemeinsamen Verständnis für die Haltung des anderen und einem gemeinsamen Vertrauen“ würden die Sozialpartner unverändert auf Verhandlungslösungen setzen

und sich bemühen, gemeinsame Lösungen in der Praxis zu erarbeiten.

### Foglar: Jugendbeschäftigung ist Schlüsselthema für Europäisches Modell

„Wir erleben in Europa derzeit eine nachhaltige Krise, die sich inzwischen zu einer gesellschaftspolitischen Krise entwickelt hat – mit sehr hohen Arbeitslosenzahlen gerade bei den jungen Menschen,“ sagte ÖGB-Präsident Erich Foglar. Er zitierte eine Aussage der Österreichischen Gewerkschaftsjugend, wonach Europas Jugend, wäre sie eine Bank, schon längst gerettet worden wäre. In Europa herrsche derzeit die große Gefahr, eine Jugend ohne Zukunft zu haben. „Das Europäische Modell ist mit dieser Perspektive nicht haltbar. Es ist daher sehr gut, dass wir heute nicht ein Finanz- oder Bankenthema diskutieren. Denn Jugendbeschäftigung und Zukunftsperspektiven für junge Menschen sind Schlüsselthemen dafür, ob das Europäische Modell bestehen bleiben wird oder nicht.“ Das derzeitige, immense Problem der Jugendarbeitslosigkeit in Europa sei nicht nur auf fehlende Qualifikationen zurückzuführen, dennoch sei eine gute Ausbildung Schlüsselement für die Jugend Europas. „Nur bestens ausgebildete junge Menschen werden in Zukunft Arbeitsplätze bekommen, der Weg aus der Arbeitslosigkeit ist daher in hohem Maß eine Bildungs- und Qualifikationsfrage.“

Österreich gehe in der Ausbildung und in der Arbeitsmarktpolitik seit vielen Jahren schon einen anderen Weg, so Foglar: „Das trägt dazu bei, uns in den Arbeitslosenzahlen von anderen Staaten zu unterscheiden. Ein Teil davon ist der grundsätzliche Fokus in der Ausbildung auf eine Fachausbildung.“ 80 Prozent der jungen Menschen würden nach der Pflichtschule Fachausbildungen wählen, in der dualen Ausbildung oder in berufsbildenden mittleren und höheren Schulen. „Das ist der Kern der österreichischen Wirtschaft, die in hohem Maß auf Facharbeit aufgebaut ist. Das ist auch entscheidend für unser Sozialstaatsmodell und dessen Finanzierung.“ Die duale Berufsausbildung sei für viele junge Menschen ein Erfolgsmodell, so Foglar. Dieses sei „ein sozialpartnerschaftlich gelebtes Modell“, das ständig weiter entwickelt und auf allen



Von links: WKÖ-Präsident Leitl, Botschafterin Plassnik, Frankreichs Minister für Fortbildung Repentin, ÖGB-Präsident Foglar. Foto: Guillaume Grandin; WKÖ/Presse

Ebenen der Sozialpartnerschaft getragen werde, bekräftigte der ÖGB-Präsident.

### Sozialpartnervorschläge zur Bildungsreform

Wie sich das österreichische Bildungsmodell aus ihrer Sicht konkret weiterentwickeln soll, skizzierten die Sozialpartner in gemeinsamen Vorschlägen für eine „zukunftsorientierte Bildungsreform“, die sie Ende Februar der Öffentlichkeit präsentierten. Denn trotz der erwähnten vergleichsweise guten Position Österreichs stehe das heimische Berufsbildungssystem angesichts des demografischen Wandels in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen. Mit ihrem Diskussionsbeitrag wollen die Sozialpartner aufzeigen, wie ihres Erachtens einerseits die erforderliche Zahl der Fachkräfte sichergestellt und wie andererseits jungen Menschen optimale berufliche Zukunftsperspektiven geboten werden könnten.

Das derzeitige Schulsystem habe durchaus seine Stärken, aber es schöpfe „nur“ 60 Prozent der Bildungsreserven der Kinder und Jugendlichen ab, betonte Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl. „Mit

unseren Reformvorschlägen wollen wir diesen Prozentsatz deutlich steigern. Dafür reichen unsere Ideen von der frühkindlichen Bildung, über die intensive Unterstützung der Jugendlichen bei der Berufsentscheidung, einer Neudefinition der neunten Schulstufe, einer Attraktivierung der Systeme Lehre mit Matura sowie umgekehrt Matura und Lehre, einer Erleichterung beim Zugang zum tertiären Sektor und damit verbunden einer Aufwertung der Lehrabschlüsse sowie einer Implementierung von Berufsakademien, bis hin zum lebensbegleitenden Lernen älterer ArbeitnehmerInnen", so Leitl. Zentraler Punkt der Reform ist die Durchlässigkeit aller Bildungswege. Leitl: „Schulische und berufliche Ausbildung müssen künftig in alle Richtungen kombinierbar sein. Wir haben mit diesem Reformpapier viel vorgelegt, jetzt kommt es auf die rasche Umsetzung an.“

AK-Präsident Herbert Tumpel verwies auf die derzeit noch hohen Verlustraten in den weiterführenden Schulen: In der Handelsschule schließen nur 34 Prozent der AnfängerInnen ab, in der AHS machen nur 66 Prozent der SchülerInnen der fünften Klasse später die Matura, in den berufsbildenden Schulen schließen nur 55 Prozent mit Matura ab. „Deshalb haben wir den neuen Ansatz, dass sämtliche weiterführenden Ausbildungen und Schulen erst nach einem neu gestalteten neunten Schuljahr beginnen,“ sagte Tumpel: „Es soll ein Jahr der intensiven Berufsorientierung sein, und es soll die Chance bieten nachzuholen, was jemand eventuell versäumt hat.“ Ziel sei, dass alle Kinder einheitliche, gemeinsame Bildungsziele erreichen. Tumpel hob die bisherigen Reformschritte der Bundesregierung im Bildungssystem hervor, etwa den Ausbau der ganztägigen Schulen und die Umwandlung der Hauptschulen in Neue Mittelschulen. Vieles geht ihm allerdings zu langsam. So freut er sich etwa über den Ausbau der ganztägigen Schulen, tritt aber für mehr echte Ganztagschulen in der verschränkten Form von Unterricht, Üben, Freizeit und Sport ein: Das bringt seines Erachtens „bessere Ergebnisse“.

### Grundstein bereits in jungen Jahren legen

„Bildung ist der Hauptfaktor, um Risiken wie Arbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung hintan zu halten“, sagte ÖGB-Präsident Erich Foglar. Ein Kernpunkt der Vorschläge sei es, bereits in jungen Jahren mehr Grundsteine zu legen. „Wir wollen das verpflichtende Kindergartenjahr auf ein zweites ausweiten, weil das eines der wichtigsten Fundamente für die Kinder und Jugendlichen ist.“ Auch die Lehre mit Matura müsse weiterentwickelt werden, das erhöhe die Chancen der Jugendlichen. Das kostenlose Nachholen von Pflicht-

schulabschlüssen sei wichtig, um Lebenslanges Lernen zu ermöglichen, denn auch das würde die Möglichkeiten am Arbeitsmarkt und die Chancen im Leben verbessern.

„Wir brauchen einen Paradigmenwechsel“, sagte Foglar. „Im Großen und Ganzen haben wir ein gutes Schulsystem, aber wir müssen morgen besser sein. Klar definierte Bildungsziele und ein Abschluss müssen das Maß der Dinge sein, um die Ausgangsbasis zu verbessern.“ Ein wesentliches Merkmal ist für ihn der Pflichtschulabschluss und nicht, ob man neun Pflichtschuljahre absolviert. Es soll niemand mehr aus dem System kommen, der nicht in der Lage ist, eine Berufsausbildung zu bekommen. Die Qualität der Lehrausbildung ist dem ÖGB ein besonders wichtiges Anliegen: „Wir sind sehr gut, haben hervorragende Facharbeiter, es gilt aber auch hier: Wir können besser sein.“ In manchen Branchen sei die Durchfallsquote zu hoch, oder zu wenig Lehrlinge würden zur Abschlussprüfung antreten. Hier müsse man schon vorher eingreifen und die Betriebe und Lehrlinge unterstützen und beraten.

„Bildung ist auch für die Landwirtschaftskammer Österreich der Schlüsselbegriff der Zukunft“, sagte LKÖ-Generalsekretär August Astl. Die Land- und Forstwirtschaft habe in den letzten Jahrzehnten einen massiven Strukturwandel durchgemacht, daher sei es wichtig, dass das Bildungsangebot gerade im ländlichen Raum noch besser genutzt werden kann. Sehr viele bäuerliche Betriebe würden im Nebenerwerb geführt, daher seien Zusatz-Qualifikationen notwendig und müssten auch angeboten werden. „Dazu gibt es in den Bildungseinrichtungen der Land- und Forstwirtschaft ein flächendeckendes Angebot für junge Bäuerinnen und Bauern. Auch das Nachholen von Berufsbildungsabschlüssen im zweiten Bildungsweg ist für die Menschen in der Landwirtschaft eine wichtige Voraussetzung für deren Lebensqualität sowie für den wirtschaftlichen Erfolg eines bäuerlichen Familienbetriebes,“ betonte Astl. Auch für ihn hat das duale Berufsausbildungs-System in Österreich viel dazu beigetragen, dass die Arbeitslosenrate im Vergleich zu anderen europäischen Ländern in Österreich noch relativ niedrig ist –auch wenn zuletzt ein Spitzenwert erreicht wurde.

*Quellen: WKO und ÖGB in Paris: Duales Ausbildungssystem senkt Jugendarbeitslosigkeit, OTS-Presseaussendung, 19.11.2012; Sozialpartner präsentieren zukunftsorientierte Bildungsreform, AK Wien, 27.02.2013*

## Oberösterreich: Förderung Jugendlicher und arbeitsmarktferner Personen

Mit gezielter Vermittlung, Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogrammen will das Arbeitsmarktservice Oberösterreich für eine möglichst umfassende Integration aller Bevölkerungsgruppen in die Arbeitswelt sorgen. Jugendliche und arbeitsmarktferne Personen sind dabei die Hauptzielgruppen: Zwei Drittel der Fördermittel sind für sie reserviert. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dürften allerdings schwieriger werden.

Neben Akquisition und Vermittlung stehen die Prävention und Intervention zugunsten der Arbeitskräfte im Mittelpunkt des AMS-Arbeitsprogramms 2013. Zwei Drittel der 126,8 Mio. Euro an Fördermitteln sind kommendes Jahr für Jugendliche und ‚arbeitsmarktferne‘ Personen reserviert (siehe Abbildung S. 24).

### Gruppenspezifische Berufsinfos

Um den Start in Ausbildung und Beruf möglichst erfolgreich umsetzen zu können, bietet das AMS OÖ Jugendlichen schon frühzeitig grundlegende Informationen und Tipps. In diesem Jahr werden in den 14 AMS-BerufsInfoZentren 790 Berufsinformationsveranstaltungen angeboten. Die Infos würden dabei, so das AMS, auch die spezifischen Bedürfnisse der unterschiedlichen Gruppen von Jugendlichen berücksichtigen: So gebe es Berufsinfotage für SchülerInnen der Pflichtschulen bzw. der mittleren und höheren Schulen, für jugendliche MigrantInnen (mit migrantisches Role Models) und für SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Angeboten würden weiters Infonachmittage speziell für Mädchen sowie Bewerbungstage bzw. Bewerbungstrainings für SchülerInnen der unterschiedlichen Schulformen.

Die Ausbildungsgarantie für Lehrstellensuchende verhindert laut AMS ein Abdriften der Jugendlichen in die Erwerbslosigkeit. Aktuell befinden sich in Oberösterreich 1.243 Jugendliche in überbetrieblichen oder integrativen Lehrausbildungen. Eine weitere Komponente des Sicherungsnetzes für Jugendliche stellen die Produktionsschulen dar. Aktuell gibt es 284 Trainings-

plätze in sieben Produktionsschulen an acht Standorten. Die Aufenthaltsdauer beträgt sechs bis zwölf Monate. „Mit der Qualifizierung junger Menschen sichern wir den Fachkräftebedarf der Zukunft und reagieren auf die maßgeblichen demografischen Veränderungen der nächsten 20 Jahre“, proklamiert AMS-Landesgeschäftsführerin Birgit Gerstorfer. Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote würden dann eingesetzt, wenn Vermittlungsversuche erfolglos bleiben.

### Rahmenbedingungen werden schwieriger

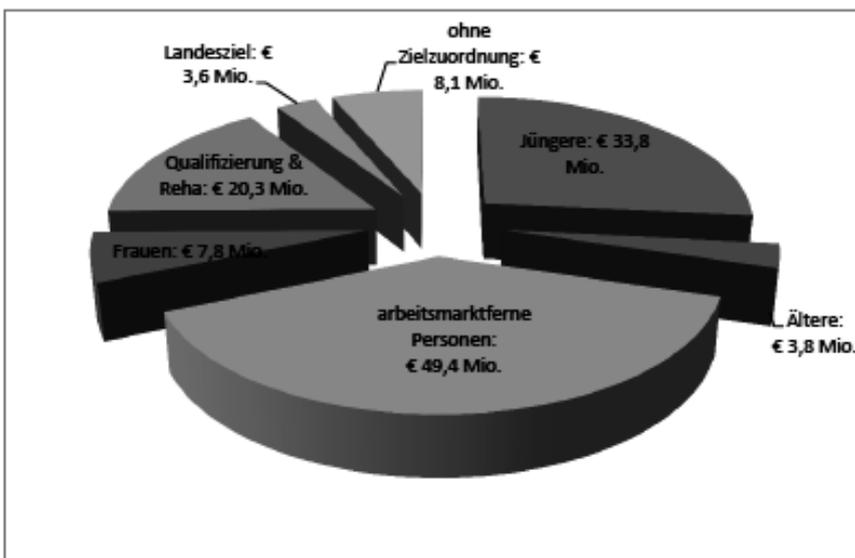
Neben den Jugendlichen liegt der Förderfokus auf den so genannten arbeitsmarktfernen Personen. Dazu zählen Arbeitslose, die innerhalb eines Jahres nicht länger als zwei Monate gearbeitet haben. Durch Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramme sollte 2013 die Wiedereingliederung von 5.900 arbeitsmarktfernen Personen in die Arbeitswelt gelingen. Künftig werde der Anteil der Älteren an dieser Gruppe steigen: „Aufgrund der zu erwartenden Veränderungen im Bereich der Berufsunfähigkeits- und Invaliditätspension ab 2014 arbeiten wir bereits jetzt an der Gestaltung passender Angebote für die Zielgruppe Älterer und gesundheitlich benachteiligter Personen“, erläutert Gerstorfer.

Alle WirtschaftsforscherInnen sind sich darin einig, dass sich heuer die Arbeitsmarktlage verschlechtern wird. Die Arbeitslosenquote dürfte in Oberösterreich auf 4,8 Prozent und bundesweit auf 7,4 Prozent steigen. Bereits im Vorjahr stieg die durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen um 1.900 auf 28.000 an, dazu kamen rund 10.100 Personen, die sich in Schulung befanden. Knapp die Hälfte der Arbeitslosen verfügte über keine formale Berufsausbildung. Der Anstieg der Aktivbeschäftigung fiel mit 1,4 Prozent deutlich geringer aus (+8.500) als noch von 2010 auf 2011 (+2,25% bzw. +12.900). Der Anstieg wurde dabei zum überwiegenden Teil von ausländischen Arbeitskräften bewirkt (+5.200).

### Arbeitsmarktpolitische Herausforderungen aus Sicht der Wirtschaft

„Österreich hat die niedrigste Arbeitslosenquote Europas und Oberösterreich ist Benchmark in Österreich“, so Erhard Prugger von der oberösterreichischen Wirtschaftskammer. Verantwortlich für dieses Ergebnis zeichnen seines Erachtens „Betriebe, die auch in Krisenzeiten an ihren Mitarbeitern festhalten“, eine „vernünftige Standardpolitik“ sowie ein „gut funktionierendes AMS OÖ, das mit seiner Early-Intervention-Politik Arbeitslosigkeit so kurz wie möglich hält“.

Aus Sicht der Wirtschaft haben folgende Maßnahmen Priorität: die Optimierung der Vermittlung, der Ausbau der Förderungen für jene Unternehmen, die



Verteilung der Fördermittel des AMS Oberösterreich für 2013

arbeitsmarktpolitischen Problemgruppen eine Beschäftigungschance geben, die Konzentration auf so genannte „Chancengruppen“ (Ältere, Frauen, Menschen mit Beeinträchtigungen, Mindestsicherungsbezieher, MigrantInnen) sowie eine „treffsichere Aufqualifizierung“, die Prugger zufolge primär „on the job“ erfolgen sollte. „Wer auch morgen noch breiten Wohlstand und sozialen Frieden will, muss alles daran setzen, durch zeitgemäße und innovative Arbeitsmarktstrategien die Menschen in Beschäftigung zu bringen bzw. dort zu halten“, so Prugger abschließend.

**Individuellere Qualifizierungs- und Reintegrationsangebote erforderlich**

Auch aus Sicht der Arbeiterkammer kommen auf die MitarbeiterInnen des Arbeitsmarktservice OÖ große Herausforderungen zu. Einerseits müsse es gelingen, noch nachhaltiger und umfassender die Arbeitsmarktintegration junger ArbeitnehmerInnen zu gestalten und dabei auch auf die Qualifizierung zu achten. Andererseits würden ältere Arbeitslose eine immer größere und anspruchsvollere Gruppe. Zudem gilt ab 2014 das Prinzip Reha vor Pension. „Damit dies nicht nur bedeutet, dass es zukünftig mehr Arbeitslose oder Kranke statt PensionistInnen geben wird, muss hier noch einiges gelingen“, betont Dagmar Andree von der AK Oberösterreich.

In einer AK-Umfrage bei älteren Arbeitslosen wurde deutlich, dass viel individuellere Qualifizierungs- und Reintegrationsangebote benötigt würden, die den Menschen Zuversicht geben, auch wieder am Arbeitsmarkt Fuß fassen zu können. Die AK tritt daher

für Pilotprojekte ein, die neue Wege einschlagen und auf die individuellen Bedürfnisse der Betroffenen eingehen. Zu deren Umsetzung würde ein größerer rechtlicher und finanzieller Spielraum benötigt sowie deutlich mehr Personalkapazitäten beim AMS, damit die Menschen ausreichend Zuspruch, Unterstützung und Beratung erhalten.

Das AMS könne allerdings nur dann erfolgreich älteren Arbeitssuchenden entsprechende Jobs vermitteln, wenn die Betriebe diesen auch eine Chance

geben. Nur 34 Prozent der Betroffenen meinen, sie bekommen passende Jobs vom AMS vermittelt. „Es ist sicherlich noch verstärkt möglich, auf Betriebe zuzugehen und Vorurteile abzubauen und zu motivieren, so mancher/m doch eine Chance zu geben“, sagt Andree. Trotzdem werde es notwendig sein, den Druck auf Betriebe, die hier wenig bis keine Bereitschaft zeigen, Ältere aufzunehmen, zu erhöhen. Fast 80 Prozent der Befragten unterstützen die Forderung nach verbindlichen Quoten von älteren Beschäftigten in Betrieben, dagegen halten nur knapp 60 Prozent Lohnsubventionen für sinnvoll und nur gut 50 Prozent Leasingprogramme für einen guten Weg. Dagmar Andree: „Wenn 70 Prozent meinen, ab 45 eigentlich nur noch wenig Chancen am Arbeitsmarkt zu haben, so braucht es viele gemeinsame Anstrengungen von AMS, Sozialpartnern und gesellschaftlichen MeinungsmacherInnen, um hier den Wunsch nach Anhebung des faktischen Pensionsalters auch tatsächlich erreichen zu können. Daneben wird es notwendig werden, noch viel mehr Augenmerk darauf zu legen, dass Menschen erst gar nicht krank oder arbeitslos werden. Dabei wird ständige Qualifizierung während des Berufslebens genauso wichtig sein wie die Schaffung und Beachtung von Arbeitsbedingungen, die Menschen bis zur Pension auch gesund erhalten.“

*Quelle: Arbeitsmarktstrategien 2013: Prävention und rasche Intervention. Medieninformation des AMS OÖ, 21.12.2012*

## Zivilgesellschaftlich organisierte Integrationsarbeit am Beispiel des Vereins „Immanuel“

Im gesellschaftlichen Diskurs beginnt das Konzept der „Inklusion“ als Weiterentwicklung der Integrationsarbeit zu greifen. Inwieweit damit eine echte Reform gesellschaftlicher Strukturen angeregt werden kann, bleibt unklar. Eine empirische Studie im Rahmen eines soziologischen Forschungspraktikums hat konkret eine regionale Initiative zur Integration psychosozial benachteiligter Menschen in den Arbeitsmarkt beleuchtet, die die lokale soziale Verantwortung von BürgerInnen, UnternehmerInnen und Kommunen stärken will.

Mit der UN-Behindertenkonvention gilt die in den allgemeinen Menschenrechten eingeforderte „kodifizierte Gleichwertigkeit aller Menschen“ (Wocken 2010: S 205) nun auch endgültig für psychosozial benachteiligte Personen. Die Teilhabe an der Gesellschaft ist nicht länger ein soziales, humanes oder karitatives Motiv, sondern ein einklagbares Recht. Nicht Sonderrechte für bestimmte Gruppen werden formuliert, sondern allen Menschen, unabhängig welche Heterogenitätsdimension (körperlich, seelisch, sozial, Geschlecht, Ethnie usw.) greift, sollen die gleichen Rechte zugestanden werden. Selbst die österreichische Bundesregierung formulierte im Jahr 2012 ein sehr ambitioniertes Ziel der „inkluisiven Gesellschaft“ bis 2020. Damit hat die im wissenschaftlichen Feld schon länger diskutierte Unterscheidung von Integration und Inklusion in den politischen Diskurs Eingang gefunden. Während Integration den Anspruch verfolgt, „benachteiligte und behinderte Menschen“ in die Gemeinschaft einzugliedern, will Inklusion die Struktur der Gesellschaft so verändern, dass Menschen erst gar nicht an den Rand gedrängt werden.

Freilich zeigt die Diskussion auf, wie schwierig die Gradwanderung zwischen den beiden Konzepten ist. Letztendlich müsste Inklusion auf einen „expertokratisch gesetzten Standard“ (Gronemeyer 2009: S 31) gänzlich verzichten. Wenn Menschen als normal bzw. anormal etikettiert werden („diagnostische Macht“ – ebd. S 30), entstehen automatisch Grenzen, die

wieder zu überwinden sind. In einer inklusiven Gesellschaft ist aber davon auszugehen, dass alle Menschen Stärken und Schwächen haben. Jeder bzw. jede ist in bestimmten Bereichen auf andere angewiesen, kann aber gleichzeitig hilfreiche Fähigkeiten in die Gemeinschaft einbringen. Wie sehr wir noch in der „alten Denke“ verhaftet sind, offenbart uns z.B. die bürokratische Herangehensweise, primär psychosozial benachteiligte Menschen zu erfassen, während die diskriminierenden Strukturen unerkannt bleiben. Konkret werden etwa Menschen als eingeschränkt leistungsfähig dokumentiert (z.B. „begünstigt behindert“ im Sinne des Behinderteneinstellungsgesetzes), die „Teilleistungsfeindlichkeit“ unserer Gesellschaft wird unterdessen eher tabuisiert. Eine inklusive Gesellschaft trüge dem Umstand Rechnung, dass Menschen generell nicht konstant leistungsfähig sind und sich deren Potentiale individuell und zeitlich verändern.

Während nun eine „integrative Gesellschaft“ die Ermöglichung einer Teilhabe von benachteiligten Menschen an entsprechende Institutionen und Organisationen auslagern kann, ist bei einer „inkluisiven Gesellschaft“ jeder einzelne Mensch gefordert. Wie immer besteht die Gefahr, dass es bei einem Austausch der Begrifflichkeiten („inkluisiv“ statt „integrativ“) bleibt, ohne dass es zu einer echten strukturellen Veränderung kommt. Realistischerweise werden in nächster Zukunft beide Konzepte bedeutsam bleiben.

Im Rahmen einer Studie (Hunger et al. 2013) an der Linzer Johannes Kepler Universität wurde beispielgebend der Verein „Immanuel“ als eine regionale Initiative im Unteren Mühlviertel betrachtet, der sich die Aufgabe gestellt hat, psychosozial benachteiligte Menschen zu ihren (Menschen-)Rechten zu verhelfen und die Verantwortung der lokalen Menschen zu fordern und zu fördern. Zentral ist dabei die berufliche Teilhabe. Der Verein wurde 2005 gegründet und bietet Beratung und Unterstützung für Betroffene, Angehörige, Firmen und Kommunen, mit dem Ziel, neue Modelle der Integration und Inklusion zu entwickeln. Finanziert wird diese zivilgesellschaftliche Initiative vom Land OÖ (Abteilung Soziales) sowie über private Spenden und Sponsoring. In organisatorischer Hinsicht finden sich ein ehrenamtlicher Vorstand und zwei hauptamtliche MitarbeiterInnen.

Im Zentrum des Forschungsinteresses steht die Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehung und wie der Verein Immanuel mit seiner Betreuungsleistung darauf Einfluss nehmen kann.

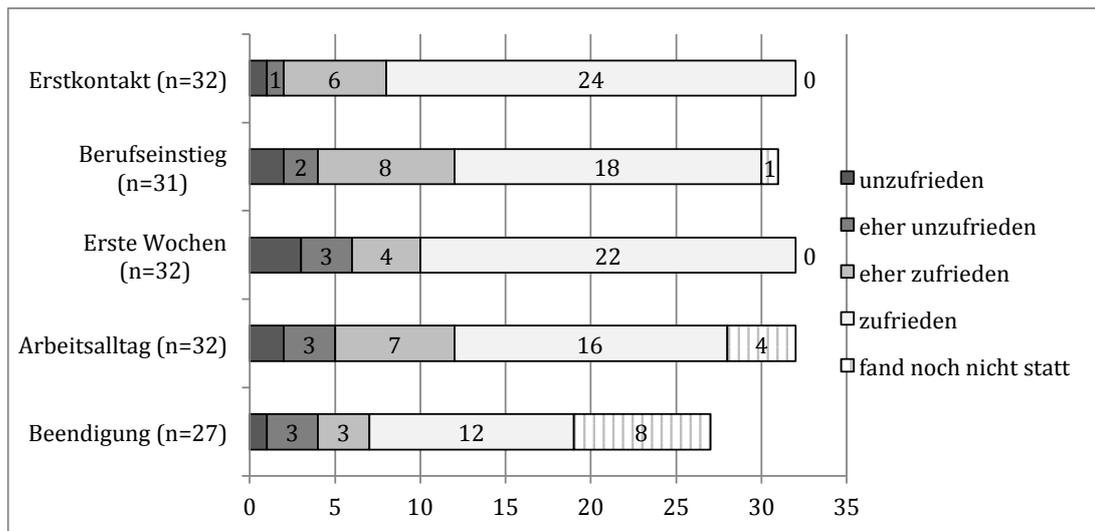


Abbildung 1: Zufriedenheit mit der Betreuung durch den Verein unterteilt nach den einzelnen Phasen (absolute Häufigkeiten<sup>1</sup>)

### Methodische Herangehensweise

Das Forschungsdesign war so zu gestalten, dass sowohl die UnternehmerInnenseite als auch die Perspektive der vermittelten ArbeitnehmerInnen (im Vereinsjargon „KundInnen“ genannt) betrachtet werden können. In die Grundgesamtheit der KundInnen wurden alle Personen aufgenommen, die seit der Gründung des Vereins im Jahr 2005 zumindest einmal erfolgreich an einen Betrieb vermittelt werden konnten (insgesamt ca. 95 Personen). Die für die Studie ausgewählten Betriebe mussten zumindest einmal eine vom Verein vermittelte Person beschäftigt haben (insgesamt ca. 100 Betriebe). Die Dauer des Beschäftigungsverhältnisses spielte bei der Auswahl keine Rolle. Als Erhebungsinstrument kamen standardisierte Fragebögen zur Anwendung, die postalisch oder persönlich an die Befragten im Zeitraum Juli bis September 2012 verteilt wurden. Der Fragebogenrücklauf war bei den KundInnen mit 37,9 Prozent und bei den UnternehmerInnen mit 55,7 Prozent recht gut, in Anbetracht der kleinen Grundgesamtheiten ergeben sich logischerweise trotzdem relativ kleine Stichproben.

### Demografie der KundInnen in der Stichprobe

Von den 95 versandten KundInnen-Fragebögen wurden insgesamt 36 Fragebögen retourniert, darunter befanden sich 38,9 Prozent von Frauen und 61,1 Prozent von Männern. Zwei Drittel dieser KundInnen sind unter 40 Jahre alt, wobei die größte Gruppe die 21- bis 30-Jährigen ausmacht. Psychische Erkrankungen sind die am häufigsten diagnostizierten Störungen,

gefolgt von Intelligenzdefiziten, Sucht und Entwicklungsstörungen.

### Hohe KundInnenzufriedenheit mit der Vereinsarbeit

Die Betreuungsleistung des Vereins kann in 5 Phasen eingeteilt werden: a) Erstkontakt, b) Vorbereitung auf den Berufseinstieg; c) Betreuung in den ersten Wochen, d) Begleitung im Arbeitsalltag und e) Beendigung der Betreuung. Die KundInnen konnten für jeden dieser Zeitabschnitte den Grad ihrer Zufriedenheit äußern. Im Wesentlichen ist die Zufriedenheit in allen Phasen recht hoch, allerdings nimmt die Unzufriedenheit in späteren Phasen leicht zu (vgl. Abbildung 1).

Die gleiche Fragestellung wurde den UnternehmerInnen vorgelegt. Hier findet sich ebenfalls ein deutlicher Anstieg der Unzufriedenheit in der Phase „die ersten Wochen“. 46 Prozent der UnternehmerInnen sind zumindest eher unzufrieden (z.B. verglichen mit dem Erstkontakt, bei dem sich noch rund 88 Prozent zumindest eher zufrieden zeigen).

### Überforderung – unterschiedliche Wahrnehmung zwischen KundInnen und UnternehmerInnen

Eine Reihe von Fragestellungen konnte für den Unternehmensfragebogen und den KundInnenfragebogen gleich gehalten werden, was einen unmittelbaren Vergleich der subjektiven Wahrnehmungen ermöglicht:

- „In der Arbeit kann die/der MitarbeiterIn eigene Fähigkeiten entfalten“

- „Die/der MitarbeiterIn ist den Anforderungen gewachsen“
- „Die Tätigkeit der Mitarbeiterin/des Mitarbeiters ist eintönig“
- „Die/der MitarbeiterIn wird am Arbeitsplatz gebraucht“
- „Die Arbeit der Mitarbeiterin/des Mitarbeiters ist wichtig für das Unternehmen“
- „Ohne die/den MitarbeiterIn würden manche Ziele im Unternehmen nicht erreicht werden“
- „Die/der MitarbeiterIn ist am Arbeitsplatz Sticheleien und Hänseleien ausgesetzt“

Die Fragestellungen wurden für die KundInnenseite entsprechend adaptiert. Mit Ausnahme der Einschätzung, inwieweit die Anforderungen erfüllt werden, liegen die Mittelwerte beider befragter Gruppen recht nahe beisammen. Insbesondere die KundInnen fühlen sich den beruflichen Anforderungen deutlich besser gewachsen, als dies die UnternehmerInnen wahrnehmen. Die etwas schlechtere Einschätzung der UnternehmerInnen bei den Aspekten „Fähigkeiten entfalten“, „Wichtigkeit für das Unternehmen“ und „Bedeutung für Unternehmensziele“ könnte mit dem gesellschaftlichen Wert von Hilfsarbeiten in Beziehung stehen.

### UnternehmerInnen übernehmen regionale Verantwortung

Die Einstellungspraxis bei psychosozial benachteiligten Menschen ist kaum mit den Bedingungen am freien Arbeitsmarkt vergleichbar. Betriebswirtschaftliche Überlegungen (z.B. Personalkosten) treffen sich mit menschlichen und caritativen Motiven. Die vom Verein Immanuel angesprochenen Firmen und Einrichtungen decken ihren Arbeitskräftebedarf im Normalfall über den Ersten Arbeitsmarkt. Die Branchen sind breit gestreut, ein Schwerpunkt findet sich aber in der Land- und Forstwirtschaft, in der Gastronomie und in öffentlichen Einrichtungen. In der Regel sind es Kleinst- und Kleinunternehmen. Nur 18 Prozent haben mehr als 50 MitarbeiterInnen.

Es ist von einer Fülle möglicher Beweggründe auszugehen, warum Unternehmen die Vermittlungstätigkeit des Vereins in Anspruch nehmen. Die Befragten hatten die Möglichkeit, aus einer Liste (vgl. Abbildung 3) drei Beweggründe auszuwählen (manche kreuzten allerdings deutlich mehr an). Als wichtigster Antrieb gilt die Verbundenheit mit den Menschen aus der Region, gefolgt von der Bereitschaft, soziale Verantwortung zu tragen.

### Hohe, aber unerfüllte Erwartungen an die Qualifikation

Jede Tätigkeit fordert von den jeweiligen Beschäftigten bestimmte Qualifikationen ein. Die vom Verein

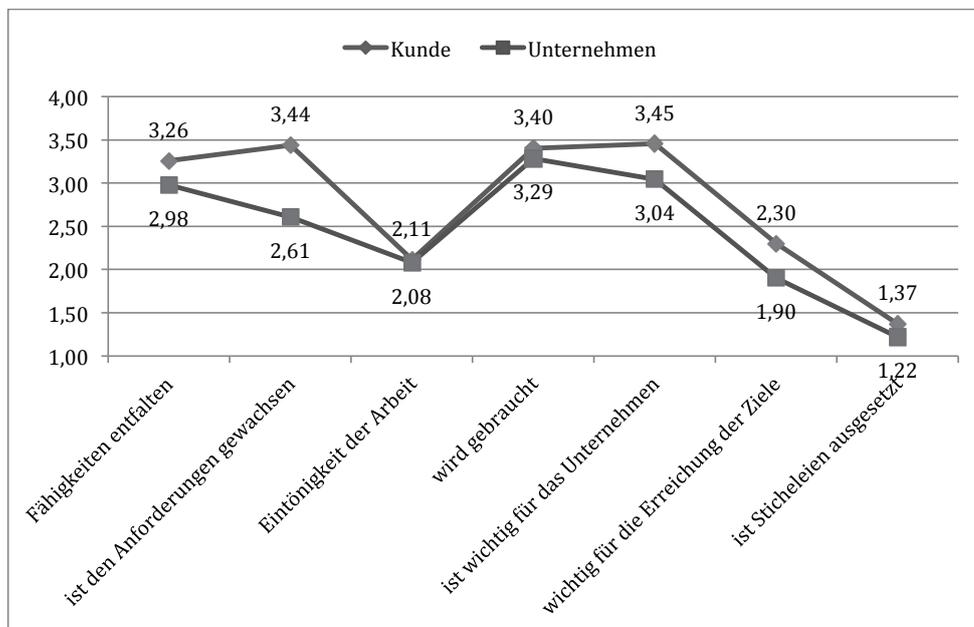


Abbildung 2: Mittelwertvergleich ausgewählter Aspekte zum Arbeitsalltag (Kunden n ca. 36, Unternehmen ca. 50)

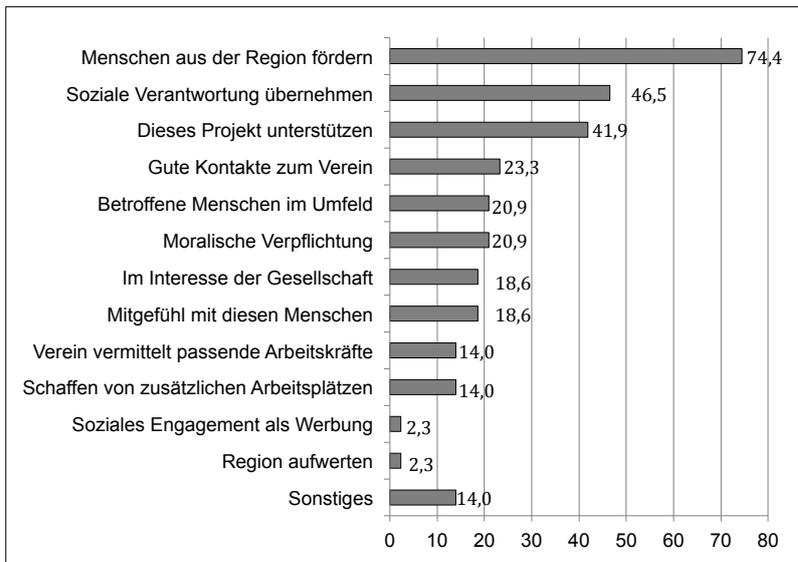


Abbildung 3: Beweggründe, die Vermittlung vom Verein Immanuel in Anspruch zu nehmen (n=54; prozentuierte Häufigkeiten; Mehrfachnennungen)

vermittelten Personen leisten in den Betrieben in erster Linie Hilfsarbeiten. Den UnternehmerInnen wurde eine Liste mit 13 Aspekten und der Möglichkeit der „Sonstigen Nennung“ vorgelegt, die sowohl hinsichtlich der Erwartungen als auch der tatsächlichen Erfüllung durch die KundInnen zu bewerten waren. Ein Vergleich der Mittelwerte (vgl. Abbildung 4) belegt, dass sich mit Ausnahme des Fachwissens und des Organisationstalents letztlich die Erwartungen durch-

zwar 8,7 Schwächen, aber nur 2,3 Stärken wahrnimmt. Inwieweit die vermittelten Personen die Anforderungen dabei objektiv nicht erfüllen, kann aus den Daten nicht abgeleitet werden, da es sich ausschließlich um subjektive Wahrnehmungen der UnternehmerInnen handelt. Allerdings scheinen die Befragten eine ausgeprägte „Schwarz-Weiß-Perspektive“ zu entwickeln. Mehrleistungen bzw. eine Übererfüllung einzelner geforderter

wegs höher gestalten als die tatsächlichen Erfahrungen mit der vermittelten Person.

Besonders hohe Ansprüche werden hinsichtlich Lernbereitschaft, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit und Ehrlichkeit gestellt. Die KundInnen können nur bei jenen Anforderungen bestehen, die den UnternehmerInnen eher unwichtig sind. Deutlich positive Erfahrungen bei der Erfüllung lassen sich nur beim Aspekt „Pünktlichkeit“ ausmachen.

Im Rahmen der Analyse wurde in einem weiteren Schritt fallbezogen eine Übererfüllung der einzelnen Qualifikationen als „Stärke“ und eine Nichterfüllung als „Schwäche“ definiert. Hier ist auffällig, dass im Schnitt jede bzw. jeder UnternehmerIn

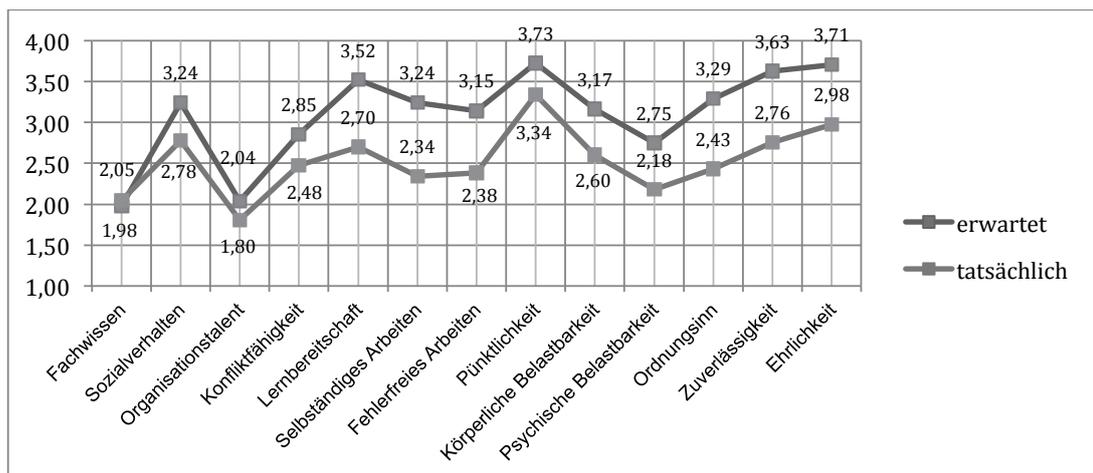


Abbildung 4: Erwartete und erfüllte Qualifikationen – Mittelwerte im Vergleich (n=45-50)  
Die Erwartungen wurden über eine vierteilige Skala von unwichtig (1) bis wichtig (4) erhoben. Dem Erfüllungsgrad liegt gleichfalls eine vierteilige Skala von niedrig (1) bis hoch (4) zugrunde.

Qualifikationen der KundInnen bleiben unentdeckt bzw. liegen aus Sicht der Befragten nicht vor. Eine Untererfüllung von Qualifikationen schlägt dabei messbar negativ (aber mit moderater Wirkung) auf die Bereitschaft, die vermittelte Person nochmals einzustellen, durch. Deutlich negativ wirkt sie hingegen auf die Gesamtzufriedenheit mit der Vereinsarbeit. Eine Übererfüllung der Erwartungen bleibt hingegen für beide Aspekte ohne Befund.

**Mehraufwand auf der Beziehungsebene**

In der Annahme, dass sich die vom Verein vermittelten Personen in den betrieblichen Aufwendungen von den anderen MitarbeiterInnen unterscheiden, wurde hierzu eine eigene Fragestellung in den Fragebogen einbezogen. Die UnternehmerInnen hatten hier einige Aufwandsposten zu beurteilen.<sup>2</sup> Dabei werden der Kontrollaufwand sowie der psychische Aufwand, der Zeitaufwand und der spezielle Betreuungsaufwand für die vom Verein vermittelten MitarbeiterInnen in der Mehrzahl der Fälle als höher empfunden als bei anderen MitarbeiterInnen. Der finanzielle Aufwand wird dagegen als niedriger eingestuft (vgl. Abbildung 5)

Der geringere finanzielle Aufwand steht dabei nur bedingt mit Arbeitsmarktförderungen in Beziehung, da bloß für einen Teil der vermittelten Personen Unterstützungen gewährt werden. Auch wenn der Mehraufwand primär auf der Ebene der sozialen Beziehungen liegt, fordern die UnternehmerInnen dafür im Wesentlichen einen finanziellen Ausgleich. Auf Basis der aktuellen Förderrichtlinien von Bund und Land ist dies für viele Fälle aber derzeit nicht machbar.

**UnternehmerInnen mit Vereinsarbeit zufrieden**

Eine umfassende Darstellung der Zufriedenheit mit den einzelnen Aspekten der Vereinsarbeit kann im Rahmen dieses Beitrages nicht erfolgen, die „Gesamtzufriedenheit“, welche mittels Kunin-Gesichtern („Smilies“) auf einer nonverbalen und emotional-affektiven Ebene erhoben wurde, belegt jedoch die gute Arbeitsweise des Vereins Immanuel. Knapp 90 Prozent der UnternehmerInnen sind mit der Vereinsarbeit zufrieden oder eher zufrieden (vgl. Abbildung 6).

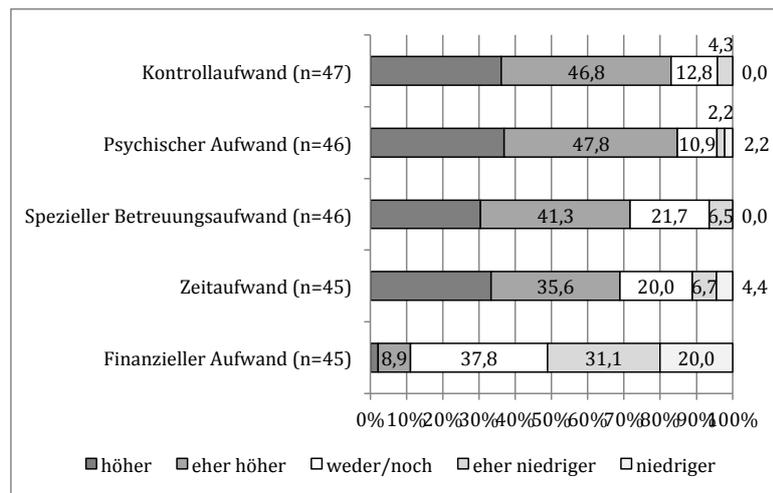


Abbildung 5: Vergleich der Aufwendungen zwischen den/die durch den Verein vermittelte/n MitarbeiterIn und anderen MitarbeiterInnen (absolute Häufigkeiten)

**Zusammenfassung und Schlussfolgerungen**

Der weitaus überwiegende Teil der befragten Unternehmen ist als Kleinst- und Kleinunternehmen zu betrachten. Meist wurde bis jetzt erst eine psychosozial benachteiligte Person angestellt. Für die UnternehmerInnen ist Integration kein „Alltagsthema“. Die Vermittlungsarbeit des Vereins basiert damit auf individuellen Einzelfällen, die sich einem standardisierten und bürokratischen Vorgehen verweigern.

*Rechts- und Fördervorschriften von Land und Bund müssen folglich eine ausreichende Flexibilität aufweisen, um diese regionale und individuelle Vermittlungstätigkeit zu unterstützen und zu ermöglichen.*

Die Zufriedenheit der KundInnen und UnternehmerInnen mit der Vereinsarbeit wurde durch Fragen zu den einzelnen Phasen der Betreuung, der Betreuung an sich und allgemeinen Aspekten der Betreuung erfasst. Die Vereinstätigkeit und -leistung werden dabei deutlich positiv bewertet. Schwächen liegen in den ersten Wochen und im Bereich der Kontakthäufigkeit vor.

*Kontakthäufigkeit und Informationstätigkeit könnten mit besonderem Augenmerk auf die Phase der ersten Wochen des Arbeitseinstieges intensiviert werden. Nicht alle Schwierigkeiten dürfen der besonderen „Integrationssituation“ angelastet werden, sondern sind vielmehr Teil einer „normalen“ Berufseinstiegsproblematik wie bei anderen Dienstverhältnissen auch. Damit wird die Herausforderung betont, die Arbeitsbeziehungen zu normalisieren und nur in ihren – aufgrund der psychosozialen Benachteiligung initiierten – Besonderheiten zu coachen.*

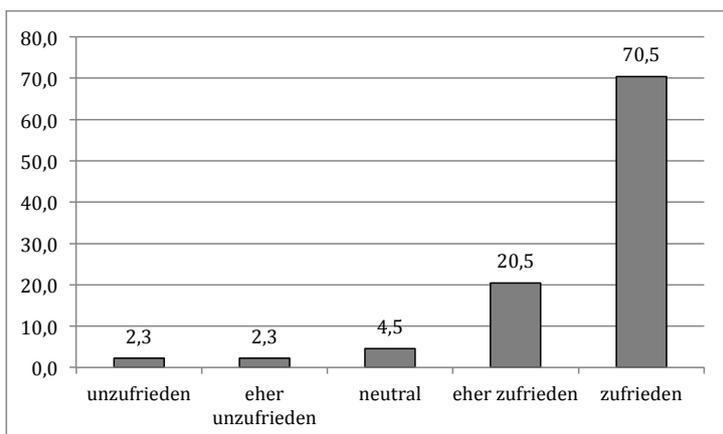


Abbildung 6: Gesamtzufriedenheit der UnternehmerInnen mit dem Verein Immanuel (prozentuierte Häufigkeiten; n=59)<sup>3</sup>

Insgesamt äußern sich die befragten UnternehmerInnen und Vorgesetzten äußerst zufrieden mit der Vereinsarbeit. In allen abgefragten Aspekten geben jeweils über 94 Prozent an, zumindest eher zufrieden zu sein.

Die KundInnen erfüllen mit ihren Qualifikationen die Erwartungen der UnternehmerInnen meist nicht. Nur in wenigen Fällen werden einzelne Qualifikationen gegenüber den Erwartungen übererfüllt. Die UnternehmerInnen nehmen dabei die vermittelten Personen als „Extreme“ wahr. Entweder können die KundInnen in den 13 zu bewertenden Aspekten die Erwartungen überwiegend nicht erfüllen oder sie können in der Mehrzahl der Qualifikationen den Anforderungen durchaus gerecht werden.

*Natürlich kann der Grund, wie diese „Schwarz-Weiß-Sicht“ zustande kommt, nicht aus den erhobenen Daten abgeleitet werden: Liegt diese an den tatsächlichen Qualifikationen der KundInnen oder an der subjektiven Wahrnehmung der befragten UnternehmerInnen bzw. Vorgesetzten? Allerdings ist es unwahrscheinlich, dass Menschen – auch wenn sie als psychosozial benachteiligt gelten – umfassend in ihren Qualifikationen versagen. Die UnternehmerInnen und Vorgesetzten sollten im Rahmen von Betriebsbesuchen angeleitet werden, auch die Stärken der vermittelten Personen zu erkennen.*

Jeweils zwei Drittel der UnternehmerInnen geben an, dass der Kontroll-, Betreuungs- und Zeitaufwand für KundInnen – im Vergleich zu anderen Mitarbeitern – höher ist. Um einen Mehraufwand auszugleichen, wird von den UnternehmerInnen ein Ausbau der finanziellen Förderung gefordert.

*Auch wenn das soziale Engagement der UnternehmerInnen letztlich nicht über Förderungen erkaufte werden kann, so müssen von Bund und Land die entsprechenden fördertech-nischen Rahmenbedingungen auf die Ansprüche der regionalen Integrationsarbeit ausgerichtet werden. Die Entwicklung von inklusiven gesellschaftlichen Strukturen wird die regionalen und bürgerschaftlichen Initiativen brauchen.*

Dass der Verein Anlaufstelle für Leute ist, die ansonsten keine Anlaufstelle hätten, ist Stärke und Schwäche zugleich. Klare Aufgabenbereiche und Vereinsstrukturen können sich so

schwer herausbilden. Andererseits ermöglicht die regionale Orientierung angepasste und flexible Lösungen für psychosozial benachteiligte Personen. Es sind die Menschen am Rande der Gesellschaft, die über die Qualität der Lebensbedingungen Auskunft geben. Das Konzept der Inklusion fordert dabei ein „menschliches Maß“ auch im Bereich der beruflichen Leistungsfähigkeit ein – und dieser sensible Umgang mit Stärken und Schwächen kommt uns allen entgegen.

*Andreas Hunger, Ursula Rami  
Institut für Soziologie, JKU Linz*

#### Anmerkungen

- 1 Aufgrund der kleinen Stichprobe wird für die Darstellung die absolute Häufigkeit gewählt.
- 2 Ausprägungen: niedriger, eher niedriger, weder/noch, eher höher, höher
- 3 Es ergibt sich ein höheres „n“, da Informationen aus der telefonischen Urgenz einfließen.

#### Literatur

- Gronemeyer, Marianne; 2009: Die Macht der Bedürfnisse. Darmstadt: WBG
- Hunger, Andreas; Studierende des Forschungspraktikums; 2013: Die Inklusion von Menschen mit behinderter Teilhabe. Gemeindenahe Integrationsarbeit am Beispiel des Vereins „Immanuel“. Linz: Johannes Kepler Universität
- Wocken, Hans; 2010: Integration & Inklusion. Ein Versuch die Integration vor der Abwertung und die Inklusion vor Träumereien zu bewahren. In: Stein, Anne-Dore, Krach, Stefanie, Niedek, Imke (Hrsg.); 2010: Integration und Inklusion auf dem Weg ins Gemeinwesen. Möglichkeitsräume und Perspektiven. Bad Heilbrunn: Klinkhardt

## Kommt ein postdemokratisches Zeitalter?

Der Salzburger Zukunftsforscher Hans Holzinger plädiert für die Neuerfindung des Politischen durch eine Besinnung auf wesentliche Ziele und Aufgaben.

Das Ansehen der Politik befindet sich im Sturzflug. Vier von fünf Österreichern gehen davon aus, dass dieses 2013 weiter Schaden nehmen wird. Von den neuen sich tummelnden Parteien sind bisher auch nur allgemeine Floskeln zu vernehmen. Steuern wir auf ein postdemokratisches oder – wie manche meinen – postrationales Zeitalter zu, in dem selbst Politik zur stupiden Unterhaltung verkommt? Es wäre verkehrt, das Kind mit dem Bad auszuschütten. Not tut vielmehr, sich der Errungenschaften unseres Wohlstandes wieder bewusst zu werden. Die Zeiten der Knappheit sind überwunden. Wir können uns vieles leisten, was für unsere Vorfahren noch unvorstellbar war. Zugleich hat der materielle Wohlstand einen Ausbau der Sozialsysteme ermöglicht und wesentlich zur Stabilisierung der Demokratie beigetragen.

Dass wir all dies als selbstverständlich nehmen, mag zur aktuellen Krise der Politik beitragen. Anstatt einzustimmen in die allgemeine Politikerschelte, gilt es, die grundsätzlichen Fragen wieder in den Blick zu nehmen. Denn unser Wohlstand wirft in der Tat Schatten. Die Mehrzahl der Menschen ist noch immer von ihm ausgeschlossen. Eine Milliarde Menschen leidet an Hunger. Unser Wohlstand basiert zweitens auf einer historisch einmaligen Ausbeutung der Natur und ihrer Ressourcen, er ist daher nicht nachhaltig. Drittens führt dieser Wohlstand auch bei denen, die er einschließt, nicht immer zu mehr Lebensqualität. Der Stress, hinauszufallen, steigt bei den Unternehmen wie bei den Belegschaften. Das Konkurrenzprinzip pervertiert sich zur permanenten Ausschlussdrohung. Viertens funktioniert das System offensichtlich nur mehr mit eklatanter öffentlicher Verschuldung bei gleichzeitiger Anhäufung privater Vermögen. Weltweit gibt es fast 50 Billionen Dollar Staatsschulden. Zugleich parken Vermögende beinahe 12 Billionen Dollar in Steueroasen. Die weltweiten Staatsschul-

*„Märkte mögen einzelwirtschaftlich effizient sein, sozial und ökologisch sind sie blind.“*

den haben sich innerhalb eines Jahrzehnts mehr als verdoppelt – ein wesentlicher Grund dafür liegt in der Finanzkrise von 2008/2009. Der Soziologe Ralf Dahrendorf spricht daher von „Pumpkapitalismus“. Überdies scheinen wir einem Wachstumszwang zu erliegen – ohne Wirtschaftswachstum gibt es keine Zukunft, so die Devise.

Die Erneuerung der Demokratie gelingt nur, wenn sie sich den zentralen Fragen des 21. Jahrhunderts stellt: Wie lässt sich eine Weltsozialpolitik angehen, die den Hunger überwindet und einen Ausgleich schafft zwischen Arm und Reich? Wie kann die Transformation hin zu postfossilen und CO<sub>2</sub>-armen Volkswirtschaften bewerkstelligt werden? Und wie kann das Gemeinwohl in den reichen Ländern weiterhin gesichert werden, ohne die öffentlichen Haushalte in den Schuldenbankrott zu treiben?

Notwendig sind eine global akkordierte Steuerpolitik, die dem Steuerwettbewerb nach unten entgegenwirkt und Steueroasen austrocknet, sowie globale Regime für den Ressourcenverbrauch und die Umweltnutzung. Notwendig sind aber auch neue Bilder von Wohlstand jenseits des Konsumismus und eine Umsteuerung der Wirtschaft dergestalt,

dass nicht mehr die Güterströme wachsen, sondern immaterielle Güter wie Bildung, frei verfügbare Zeit, menschliche Beziehungen und Chancengerechtigkeit. Märkte mögen einzelwirtschaftlich effizient sein, sozial und ökologisch sind sie blind – die Kaufkraft gibt die Richtung vor. Diesem Defizit kann nur durch Politik abgeholfen werden. Wir haben nicht nur eine Krise der Ziele, sondern auch eine Krise der Gestaltung. Daher brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Politik. Wir alle sind als Bürger und Bürgerinnen aufgefordert, uns einzubringen in die politischen Prozesse und Diskurse. Der Politik allein die Schuld zu geben an den aktuellen Krisen, spielt genau jenen in die Hände, die sich gegen Veränderungen wehren, weil sie vom jetzigen System zunehmender Ungleichheit profitieren.

*Hans Holzinger*

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen in Salzburg, Lehrbeauftragter an der Universität Klagenfurt und Mitherausgeber der Zeitschrift „pro Zukunft“.

## Soziale Dienste in Österreich

Drei Jahre lang arbeiteten Nikolaus Dimmel und Tom Schmid gemeinsam an ihrem Buch über Soziale Dienste in Österreich. Mitte März wurde es nun in den Räumlichkeiten der Bandgesellschaft in Wien der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Band arbeitet in umfassender und interdisziplinärer Weise die gegenwärtigen Aufgaben- und Problemstellungen, Herausforderungen und Potenziale Sozialer Dienste bei der Bewältigung sozialer Bedarfslagen auf. In 13 Haupt- und zahlreichen Unterkapiteln wird somit das gesamte Spektrum der Sozialwirtschaft in Österreich dargestellt. Dabei wird einerseits quer zu gesetzlichen Logiken (Sozialhilfe, Behindertenhilfe, Jugendwohlfahrt, Arbeitslosenversicherungsrecht) eine problemzentrierte Darstellung verfolgt, andererseits das rechtliche Regulierungs- und sozialplanerische Steuerungsinstrumentarium beleuchtet.

In allen EU-Staaten sei gegenwärtig eine Verlagerung von Geld- zu Sach- und Dienstleistungen feststellbar, so Nikolaus Dimmel bei der Präsentation des Buches. Doch während in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre noch eine Reihe von Innovationen aus dem Bereich der Sozialen Dienste kam und diese einen relativ großen Spielraum seitens der öffentlichen Hand hatten, habe seitdem ein Paradigmenwechsel stattgefunden: Die Orientierung an Kennziffern, Effizienz- und Dokumentationsdruck bewirkten, dass die Innovationsfähigkeit zurückging – „was da war, wurde verwaltet“. Während Fragen der Steuerung und Messung im Buch eher gestreift werden, will dieses vor allem den gesellschaftlichen Nutzen Sozialer Dienste illustrieren. Vor dem Hintergrund, dass die Rechts- und Finanzierungsgrundlagen der Dienste in der Regel sehr kurzfristig sind und deren künftiger Bestand insofern oft ungewiss ist, gehen die Autoren der Frage nach, wie die Rahmenbedingungen stattdessen gestaltet sein sollten, um den mittel- bis langfristigen Bestand der Angebote sicherzustellen. Damit dies gelingt, sieht Dimmel die Zukunft der Sozialen Dienste nicht im Konsens, sondern in der „konfliktorientierten Auseinandersetzung“. Auch der Wohlfahrtsstaat sei so entstanden.

Der Vorsitzende der Sozialwirtschaft Österreich (vormals BAGS), Wolfgang Gruber, wies in seinem Statement darauf hin, dass beide Autoren sowohl einen theoretischen Hintergrund als Forschende und Lehrende haben wie auch praktische Erfahrung als Geschäftsführer eines Sozialen Dienstes. Ihre aktuelle Publikation leiste notwendige begriffliche Klärungen, widme sich ausführlich einschlägigen Rechtsfragen

sowie den ökonomischen Aspekten der Leistungserbringung durch Soziale Dienste, die aufgrund des EU-Vergaberechts immer wichtiger würden. Der Band sei insofern „wichtig für die Branche“, denn diese werde trotz ihrer gesellschaftlichen Bedeutung und ihres Umfangs „unter ihrem Wert geschlagen“ und in der Öffentlichkeit im Gegensatz zu anderen Branchen zu wenig wahrgenommen. Derzeit sind im Bereich der Sozialen Dienste rund 100.000 Beschäftigte tätig. Diese erwirtschaften einen Umsatz von ca. 16 Mrd. Euro pro Jahr bzw. zwischen acht und zehn Prozent des BIP. Eine weitere Expansion sei absehbar, weil der Hilfebedarf, etwa in der Pflege, weiter steigen wird. Für nötig erachtet Gruber, dass die Interessensvertretung verstärkt wird und sich die Sozialen Dienste als Branche formieren.

Aufgrund der detaillierten Behandlung der erwähnten Aspekte richtet sich die Publikation in erster Linie an Personen, die beruflich mit der Materie zu tun haben, d.h. an SozialplanerInnen, SozialrechtlerInnen, SozialpolitikerInnen sowie an in der Sozialwirtschaft Beschäftigte. Und obwohl Dimmel und Schmid kein Lehrbuch im eigentlichen Sinn verfasst haben, kann der Band durchaus als Lehrbehelf im Studium der Sozialarbeit, Sozialwirtschaft, Soziologie oder Sozialpsychologie dienen. [hs]

*Nikolaus Dimmel, Tom Schmid:  
Soziale Dienste in Österreich  
Studien Verlag, Innsbruck 2013  
218 Seiten, EUR 29,90*

## Wege vorsorgenden Wirtschaftens

Angesichts der vielfachen ökonomischen, ökologischen und sozialen Krisen ist das Interesse an alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftsentwürfen wieder erwacht. Wie kann eine Wirtschaftsweise funktionieren, die solche Krisen vermeidet und die in der Lage ist, dauerhaft für ein gutes Leben der Menschen und für den Erhalt der produktiven Fähigkeiten der Natur zu sorgen? Welche Wege der Veränderung sind dafür nötig – und wie und wo werden sie schon gegangen?

Das Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften, in dem WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen der Fachgebiete Ökonomie, Sozial- und Naturwissenschaften seit mehr als 20 Jahren inter- und transdisziplinär zusammenarbeiten, hat ein eigenständiges Konzept alternativer Wirtschaftstheorie und -praxis entwickelt, das im vorliegenden Sammelband zur Diskussion gestellt wird. Es ist als Entwurf einer sozial und

ökologisch zukunftsfähigen Wirtschaftsweise zu verstehen, der sich der Frage „Wie wollen wir in Zukunft zusammenleben?“ stellt.

In dem Sammelband wird somit eine Vielfalt Status-Quo-kritischer Antworten auf grundsätzliche Fragen des heutigen Wirtschaftssystems aufgezeigt. Die AutorInnen stellen sozial-ökologisch und feministisch-ökonomisch unterlegte Konzepte alternativer Wirtschaftstheorie und -praxis zur Diskussion, ohne dabei die aktuellen gesellschaftlichen Probleme aus dem Blick zu verlieren. Sie zeigen auf, wie mit Zweitnutzungskonzepten und vorsorgeorientierter Wertschöpfung ein Wirtschaften im Einklang mit den natürlichen Daseinsgrundlagen für ein gutes Leben nicht nur denkbar, sondern auch umsetzbar ist.

Das Buch macht insofern die Vielfalt der Wege Vorsorgenden Wirtschaftens sichtbar und greift mit seinen Beiträgen in unterschiedliche aktuelle Debatten ein: von der Diskussion über Wachstum, nachhaltige Ressourcennutzung und Finanzierungsmodelle über die Frage nach geeigneten gesellschaftlichen und technischen (Infra-)Strukturen als Basis einer sozial und ökologisch zukunftsfähigen Wirtschaftsweise bis hin zur Diskussion um die Organisation des Gesundheitssektors und der Pflege, um die zukunftsfähige Verteilung und Bewertung von bezahlter und unbezahlter Arbeit sowie um gesellschaftliche Strukturen, die dies alles ermöglichen sollen – mithin um neue Gesellschaftsverträge. Dadurch positioniert sich das Konzept des Vorsorgenden Wirtschaftens in der öffentlichen Diskussion.

*Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften (Hg.):  
Wege Vorsorgenden Wirtschaftens  
Metropolis-Verlag, Marburg 2013  
414 Seiten, EUR 29,80*

### Zehn Alleinerziehende im Portrait

Alleinerziehende Mütter und Väter haben es nicht leicht: Sie überwinden große Hürden, um Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen, und erfahren verhältnismäßig wenig Unterstützung durch Gesellschaft und Staat. Dabei gehen sie oft bis an ihre persönlichen Belastungsgrenzen. Trotzdem schaffen es die meisten – aus eigener Kraft und unter Mithilfe von Arbeitgebern, Familie, Freunden und anderen Vertrauenspersonen. Wie das gelingt, zeigt das Buch „LebensUmwege: Alleinerziehende“. Hier erzählen neun Frauen und ein Mann aus ihrem Leben und ihrem Alltag mit Kindern – ungeschminkt und ungeschönt.

Die Porträts zeigen: Alleinerziehende passen in keine Schublade. Es gibt die Mutter mit zwei Kindern, die Vollzeit arbeitet, weil ihr die finanzielle Unabhängigkeit sehr wichtig ist. Genauso gibt es die Mutter, die fast keiner Erwerbstätigkeit nachgeht, weil sie die Zeit mit ihrem Kind als das Wichtigste erachtet und meint, auch mit weniger Geld gut auskommen zu können. Es gibt Eltern, die sich mit dem Ex-Partner zermürend streiten – und andere, die sich auch nach der Trennung die Erziehungsverantwortung teilen. Es gibt Alleinerziehende, die an den Rand der Armut rücken, weil ihr Beruf nicht mit den Kinderbetreuungszeiten kompatibel ist und eine soziale Unterstützung im Umfeld fehlt. Es gibt aber auch solche, die sich in ihrem sozialen Netz sicher und geborgen fühlen und den fehlenden Elternteil nur wenig vermissen.

Was allen gemeinsam ist, die ihr Leben als gelungen empfinden: Sie haben einen individuellen Weg entwickelt – und gehen ihn konsequent. Die zehn Porträts zeigen eindrucksvoll, was Alleinerziehende brauchen, damit ihr Alltag gelingt und die Kinder sich wohlfühlen können.

Die Porträts weisen indes über die Probleme Alleinerziehender hinaus. Denn im Leben von Ein-Eltern-Familien zeigen sich letztlich die Schwierigkeiten, die alle Familien heute haben, in besonderer Schärfe: Engpässe in der Kinderbetreuung, unflexible Arbeitgeber, schlechte Bezahlung von Teilzeitarbeit. Alleinerziehende, die ihr Leben als gelungen empfinden, entwickeln dabei überdurchschnittlich häufig kreative Lösungen für alltägliche Familien- und Erziehungsprobleme, die für die gesamte Gesellschaft wegweisend sein können. Alle Porträtierten sind sich einig: Es muss viel mehr Akzeptanz und Unterstützung in der Gesellschaft für Familien und Kinder geben, damit Kinder gut aufwachsen können – ganz gleich, in welcher Familienform sie groß werden.

Die AutorInnen: Carola Kleinschmidt ist Journalistin und Sachbuchautorin in Hamburg und beschäftigt sich seit Jahren mit der Frage, wie ein zufriedenes Leben in der modernen Welt gelingt. Sie lebt mit ihrem Partner und zwei Kindern in Hamburg. Thomas Kunsch ist diplomierter Fotodesigner. Schwerpunkte seiner Arbeit sind die gesellschaftspolitische sowie Unternehmens- und Veranstaltungsfotografie.

*Carola Kleinschmidt, Thomas Kunsch:  
LebensUmwege: Alleinerziehende – Zehn Porträts  
Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2013  
215 Seiten, EUR 18,50*

### Was ist den Parteien der Sonntag wert?

Immer mehr Lebensmittelhandelsbetriebe geben sich an Sonntagen als Gastronomiebetriebe aus und brechen die Sonntagsruhe. Die Sonntagsallianz fordert daher eine klare Unterscheidung zwischen Handel und Gastronomie und erkundet in einer Podiumsdiskussion die Positionierung der Parlamentsparteien.

*Termin:* 18. April 2013, 15.30 – 17.00 Uhr  
*Ort:* ÖGB-Zentrale, Catamaran, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien  
*Anmeldung:* sonntag@ksoe.at

### Lebensgestaltung im Wandel des Alterns

Die Vorlesungen zur Alternden Gesellschaft der Österreichischen Plattform für Interdisziplinäre Altersfragen (ÖPIA) stehen heuer unter dem Motto „Lebensgestaltung im Wandel des Alterns“. Für die Eröffnungsveranstaltung unter dem Titel „Von großen und kleinen Lebensrealitäten oder Zellen lügen nicht“ wurden zwei Vortragende aus den Bereichen Soziologie und Biogerontologie eingeladen: Peter Stiegnitz, Emer. Professor der Universität Budapest, und Johannes Grillari vom Department für Biotechnologie der Universität für Bodenkultur Wien.

*Termin und Ort:* 18. April 2013, 17.00 Uhr; Palais Harrach, Freyung 3, 2. Stock, 1010 Wien  
*Online-Anmeldung:* [http://www.oepia.at/registrierung\\_vorlesung](http://www.oepia.at/registrierung_vorlesung)  
*Information:* Tel. 01 319 45 05 51, office@oepia.at

### BIZEPS-Kongress 2013

Zur Weiterentwicklung von Persönlicher Assistenz veranstaltet BIZEPS einen österreichweiten Kongress mit dem Titel „Wann, wenn nicht jetzt?“ Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ist es Ziel der Veranstaltung, Persönliche Assistenz als eine zentrale Voraussetzung für Selbstbestimmung und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen einzufordern.

*Termin und Ort:* 18. – 19. April 2013; JUFA, 1110 Wien, Mautner Markhof Gasse 50  
*Anmeldung:* kongress@bizeps.or.at. Teilnahmegebühr 50 Euro. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt.

### Interkulturelle Politikdidaktik in der Erwachsenenbildung

Während interkulturelle Orientierung mittlerweile fester Bestandteil schuldidaktischer Reflexion ist, hat die politische Erwachsenenbildung Interkulturalität noch als strukturierendes Prinzip in ihr Selbstverständnis und ihre Methoden zu integrieren. Als Beitrag zur Didaktik einer interkulturell orientierten politischen Erwachsenenbildung hat die Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung (ÖGPB) ein zweitägiges Trainingsprogramm entwickelt. Dieses bietet erfahrungsorientierte, biografische und sensibilisierende Übungen sowie Raum für Reflexion über den politischen Aspekt der Interkulturalität.

*Termin:* 18. – 19. April 2013, jeweils 9.00 – 17.00 Uhr  
*Ort:* VHS Ottakring, Ludo-Hartmann-Platz 7, 1160 Wien  
*Anmeldung:* VHS Ottakring, Tel. 01 89 174 116 000; office.ottakring@vhs.at

### Solidarität macht (k)einen Unterschied

Im Mittelpunkt des dritten deutschen Caritaskongresses steht der fachliche Austausch der TeilnehmerInnen zum Thema der Caritas Initiative „Solidarität und gesellschaftlicher Zusammenhalt“: Was ist notwendig, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und den sozialen Frieden zu fördern? Welche Rahmenbedingungen brauchen wir, um solidarisch handeln zu können? Wie können Formen des freiwilligen und ehrenamtlichen Engagements Solidarität vor Ort aktivieren?

*Termin und Ort:* 18. – 20. April 2013; berliner congress center  
*Information, Anmeldung:* info@caritaskongress.de; www.caritas.de/fuerprofis/caritaskongress/

## Öffentliche Dienstleistungsnetzwerke: Wohin geht der Weg?

Die Erstellung kundInnen- und bürgerInnenorientierter Leistungen durch Netzwerke, in denen öffentliche Verwaltungen, Unternehmen und NPOs zielorientiert zusammenarbeiten, gewinnt an Bedeutung. In diesem Sinne verfolgt der Verwaltungsmanagement-Tag 2013 das Ziel, die bisherigen Entwicklungen gemeinsamer Leistungserstellung kritisch zu analysieren, die künftigen Trends abzuschätzen und die sich verändernde Rolle von Verwaltungen als Steuerungsinanz aufzuzeigen.

*Termin:* 23. April 2013, 10.00 – 16.00 Uhr  
*Ort:* Uni Center der JKU Linz, Altenbergerstraße 69, 4040 Linz  
*Anmeldung:* [www.pnp.jku.at/vmt](http://www.pnp.jku.at/vmt). Tagungsgebühr: 149 Euro

## Sozialstammtisch

Unter dem Titel „Und vergib uns unsere Schuld(en)“ referiert der Marburger Sozialethiker Franz Segbers beim nächsten Sozialstammtisch zum Thema „Finanzkrise, Sozialabbau und die Alternativen für eine solidarische Gesellschaft“.

*Termin:* 25. April 2013, 19.00 Uhr  
*Ort:* Cardijn Haus, Kapuzinerstraße 49, 4020 Linz

## Kommunale Integrationspolitik

Ziel der Tagung ist es, anhand erfolgreicher Praxisbeispiele die vielfältigen Möglichkeiten kommunaler Integrationspolitik aufzuzeigen. Neben Fragen der strategischen Gesamtausrichtung werden auch Kooperationsformen mit zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteuren diskutiert. Die interkulturelle Öffnung der Verwaltung bildet einen weiteren Schwerpunkt der Veranstaltung.

*Termin:* 25. – 26. April 2013  
*Ort:* Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer  
*Information:* <http://192.124.238.252/Weiterbildung/wbdbdetail.asp?id=613>

## Zugang zur sozialen Wirklichkeit finden

„Wahrnehmen, Analysieren, Intervenieren. Zugänge zu sozialen Wirklichkeiten“ ist das Generalthema der diesjährigen Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGSA). Über 30 Veranstaltungen mit mehr als 150 Fachbeiträgen reflektieren Wahrnehmungen und Interpretationen theoretischer und berufspraktischer Handlungserfahrungen. Die Vortragenden loten den Forschungszugang zu den Lebenswelten der betroffenen Zielgruppen aus und überprüfen, inwieweit Ergebnisse in die Berufspraxis der Sozialen Arbeit übertragen werden können.

*Termin:* 26. – 27. April 2013  
*Ort:* FH Frankfurt/Main, Campus Nibelungenplatz/Kleiststraße, Gebäude 2 und 4  
*Programm, Anmeldung:* [www.fh-frankfurt.de/dgsa2013.html](http://www.fh-frankfurt.de/dgsa2013.html)

## Jugendarbeitslosigkeit: Neue Entwicklungen und neue Projekte

Im Rahmen dieses Informationsabends geht die Referentin, Edith Kugi-Mazza von der AK Wien, auf Fragen rund ums Thema Jugendarbeitslosigkeit und auf die aktuelle Lehrstellensituation ein. Sie thematisiert die so genannte „Ausbildungsgarantie“ für alle Jugendlichen, geht auf die Qualität der Ausbildungen ein und beleuchtet die Rolle des AMS und der Sozialpartner.

*Termin:* 23. Mai 2013, 18.00 – 21.00 Uhr  
*Ort:* wienXtra-institut für freizeitpädagogik (ifp), Albertgasse 35/II, 1080 Wien  
*Information:* [www.ifp.at/bildungsprogramm/gesellschaft-politik/](http://www.ifp.at/bildungsprogramm/gesellschaft-politik/)

# kontraste

## Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik

Erscheinungsort Linz, P.b.b. Verlagspostamt Linz.

Wenn unzustellbar, zurück an die Redaktion KONTRASTE:  
Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts- und  
Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz

### Herausgeber, Medieninhaber, Verleger:

Sozialwissenschaftliche Vereinigung, mit Unterstützung der Johannes  
Kepler Universität Linz (JKU), Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik

### Erscheinungsweise:

8 Ausgaben pro Jahr

### Redaktionsadresse:

kontraste: JKU Linz, Institut für Gesellschafts- und  
Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz

Tel.: 0732 2468 7168

Mail: [hansjoerg.seckauer@jku.at](mailto:hansjoerg.seckauer@jku.at)

Web: <http://www.gespol.jku.at/> Menüpunkt Kontraste

Aboservice, Sekretariat: Carmen Schacherreiter, Tel. 0732 2468 7161

Fax DW 7172 Mail: [carmen.schacherreiter@jku.at](mailto:carmen.schacherreiter@jku.at)

### Redaktionsteam:

Mag. Hansjörg Seckauer, Dr. Christine  
Stelzer-Orthofer, Dr. Bettina Leibetseder,  
Dr. Susanna Rothmayer, Dr. Angela  
Wegscheider

Wir freuen uns über zugesandte Manuskripte,  
die Redaktion behält sich jedoch das Recht auf Kürzung  
und Entscheidung über die Veröffentlichung vor.  
Redaktionsschluss ist jeweils der 20. des Vormonats.  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge können,  
müssen aber nicht die Meinung  
der Redaktion wiedergeben.

### Wissenschaftliche Beratung:

Univ. Prof. Dr. Josef Weidenholzer, MEP  
Em. Univ. Prof. Dr. Irene Dyk-Ploss  
a.Univ. Prof. Dr. Evelyn Schuster  
Dr. Brigitte Kepplinger

### Lektorat; Satz:

Mag. Hansjörg Seckauer

### Grafisches Konzept:

Mag. Gerti Plöchl

Kontraste finanzieren sich fast ausschließlich aus Abonnements und  
Mitgliedsbeiträgen: Jahresabo EUR 65,40; Halbjahresabo EUR 32,70;  
StudentInnen, Arbeitslose und PensionistInnen EUR 36,30;  
Einzelheft EUR 6,70; Referierte Ausgabe EUR 18,70  
Alle Preise inklusive Versand.  
Gratis Probeabo für drei Monate  
Kündigung bis einen Monat vor Ablauf möglich.

### Bankverbindung:

Sparkasse OÖ, BLZ 20320, Kontonr. 7500-002453  
BIC: ASPKAT2LXXX, IBAN: AT972032007500002453

